

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration Sonntag-Vilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.50 RM pro Monat, Eingetragene in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

**Die Interfons-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 18. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## An der Schwelle des dritten Kriegsjahres.

Ein ungehaltener Vortrag von Ed. Bernstein.

III.\*

Wenn ich aber die Frage der Verantwortung der Regierungen am Kriege unerörtert lasse, so glaube ich dagegen die Frage unserer eigenen, der Sozialdemokratie, Verantwortung nicht übergehen zu sollen. Gerade heute, wo wir an der Schwelle des dritten Kriegsjahres stehen, scheint es mir angezeigt, dieser Frage eine kurze Betrachtung zu widmen. Nicht die Regierungen allein sind für das politische Tun eines Landes verantwortlich. Auch die Parteien, ja, zuletzt auch jeder einzelne Staatsbürger, tragen ihr Stück Mitverantwortung. Mag der politische Einfluß des einzelnen verschwindend gering sein, so ist er doch darum noch durchaus kein Nichts im Spiel der Kräfte des Staatslebens. Er ist ein Bruchteil, der im Verein mit vielen anderen ein Ganzes ergibt, das aber nie zustande kommt, wenn die Bruchteile versagen. Sich dessen stets bewußt zu sein und danach zu handeln, ist das elementare Pflichtgebot für den Staatsbürger. Er muß sein öffentliches Wirken so einrichten, als ob von ihm abhinge, was geschieht und was unterbleibt.

Noch mehr gilt das natürlich von den Parteien. Das Stück politischer Macht, das sie ausüben vermögen, ist wie ein anvertrautes Gut, über dessen Verwendung sie Rechenschaft abzulegen haben, wenn keinem anderen, so doch ihrem Gewissen und der Geschichte. Insofern es sich nicht nur um die politische Macht handelt, die das Gesetz verleiht, sondern auch um die sozial mögliche, aus dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, dem sozialen Können der Parteien sich ergebende Macht. Wie der große Philosoph Kant es in einem anderen Zusammenhang mit den Worten ausgedrückt hat: „Du sollst, weil du kannst.“

Wie steht es mit unserer Verantwortung an diesem Kriege? Daß wir mit unserem Willen in keiner Weise zu seinem Herannahen und Eintreten beigetragen, im Gegenteil jede Maßnahme bekämpft haben, die nach unserer Ansicht zu ihm führen konnte, dürfen wir mit gutem Gewissen behaupten. Wir dürfen uns auch darauf berufen, daß wir in der verhängnisvollen Stunde die einzige politische Partei in Deutschland waren, die ihre Stimme zum Protest gegen ihn erhob. Die flammenden Worte im Aufruf des Parteivorstandes vom 25. Juli 1914, die kraftvollen Sätze in den Resolutionen der Volksversammlungen, zu denen in jenem Manifest aufgefordert worden war, die eindringenden Mahnworte in den Artikeln unserer Parteipresse legen Zeugnis davon ab, daß wir uns der Verantwortung, die damals auf uns ruhte, voll bewußt waren. Aber war mit dem, was wir damals taten, auch wirklich unser Können gegenüber dem erschöpft, was zu bekämpfen wir als unsere Pflicht betrachteten?

Es ist nicht gleichgültig, uns diese Frage heute vorzulegen. Gewiß, was in der Vergangenheit liegt, kann keine nachträgliche Betrachtung ungeschehen machen. Aber sie ist darum keineswegs schon überflüssig. Das hinter uns Liegende bereichert unsere Erkenntnis über die Folgen unseres Tuns und Unterlassens und kann dadurch unsere überliefernten Anschauungen über die Bilanz unseres Könnens richtigstellen.

Die große Mehrheit unserer Partei war damals und ist jetzt noch der Ansicht, daß wir in jenen Tagen alles getan haben, was in unserer Macht stand, das Verhängnis abzuwenden. Daß auch ich sie in jenen Tagen und noch später vertrat, wird vielen bekannt sein. Aber ich werde wohl nicht der einzige sein, der, wie der Krieg sich in die Länge zog und immer furchtbarere Gestalt annahm, sich in Stunden der seelischen Bedrücktheit immer wieder von neuem die Frage vorgelegt hat, ob wir nicht doch geirrt haben, ob wir nicht in bezug auf Mittel, die uns noch zur Verfügung standen, eine falsche Rechnung aufgestellt, sie zu gering eingeschätzt hatten?

Erwägungen dieser Art haben mich zu einer Ansicht geführt, der auch Genosse Ströbel jüngst Ausdruck gegeben hat, nämlich zu einer höheren Wertung der sogenannten pazifistischen Bewegung, mit welchem Wort diejenige Bewegung verstanden wird, die sich speziell mit den Fragen des Völkerverständens beschäftigt und für ihn wirkt. Nicht, daß ich von dieser Bewegung Wunderwirkungen erwartete oder gegen ihre Mängel blind wäre. Auch die Möglichkeiten des Pazifismus sind begrenzt, und er hat, als politischer Faktor betrachtet, Fehler, die allen auf eine bestimmte Frage zugeschnittenen Bewegungen eigen zu sein pflegen. Aber er hat auch die Vorzüge der Beschränkung auf bestimmte Fragen, die durchdringendere Behandlung ihrer Einzelheiten, den geübteren Blick für ihre Anwendungsformen und die größere Festigkeit in ihrer Vertretung. Namentlich durch letzteres ist er in dieser Zeit der opportunistischen Umlernerei in bezug auf die Grundbedingungen des Friedenspolitik ein Erziehungsfaktor von nicht zu unterschätzendem Wert. Gegen die Untergrabung der Rechtsbegriffe findet man in der Literatur der Pazifisten vortreffliches Aufklärungsmaterial und in ihren Reichen Personen von einer Ueberzeugungstreue, die uns allen zum Muster dienen kann.

Nur eine erzieherische Arbeit ist jedoch dem Pazifismus heute möglich, eine Aufklärung der Geister hinsichtlich der Natur des zu erstrebenden Friedens. Jede darüber hinausgehende Propaganda ist ihm unmöglich gemacht. Und wenn die Pazifisten mit einem gewissen Recht darauf verweisen können, daß bei Verwirklichung und Befolgung ihres Programms, das ja durchaus der gegebenen Gesellschaftsordnung angepaßt ist, der Krieg hätte vermieden werden können, so ändert das daran nichts, daß ihre Bewegung eben noch nicht stark genug war, die Befolgung ihres Programms zu erwirken. Zweifellos ist nur, daß wir durch kräftigere Unterstützung des Pazifismus in der Vergangenheit seine und unsere Position für das zu verrichtende Werk sehr wesentlich gestärkt hätten. Gegenüber den Mächten, deren Einfluß es zu besiegen galt, hätte aber selbst dieses Bündnis wahrscheinlich nicht ausgereicht. Und so wendet sich der prüfende Blick einer anderen Kraft zu, die von bestimmter Seite als geeignet propagiert worden war, den Frieden zu sichern, von uns aber als ungeeignet erachtet und deshalb unverfolgt gelassen wurde.

### „Infame Treibereien“.

Unter dieser Etichmarke schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung“:

„Seit kurzem wird, wie es scheint, in weiten Kreisen, eine für schonende Kriegführung gegen England eintretende Denkschrift verbreitet mit der Behauptung, daß der Stellvertreter des Reichszanlers Staatssekretär Dr. Helfferich der Verfasser sei. Der Staatssekretär Dr. Helfferich steht dieser Denkschrift gänzlich fern. Dasselbe gilt von allen übrigen leitenden Persönlichkeiten. Es handelt sich hier offenbar um eine jener infamen Treibereien, durch die eine kleine, aber skrupellose Clique immer wieder den gänzlich haltlosen Verdacht gegen die Reichsleitung zu verbreiten sucht, als ob sie sich aus schwächlicher Verständigungs sucht scheue, gegen England die Kriegsmittel anzuwenden, durch die England in kurzer Zeit zum Frieden gezwungen werden könnte.“

Da der Urheber dieser neuen Treiberei bisher nicht ermittelt werden konnte, wird der Sachverhalt hiermit öffentlich festgestellt.“

### Belgien will allseitige Unabhängigkeit.

In einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ hatte Graf Reventlow gesagt, daß Belgien in Zukunft, selbst wenn Deutschland es wollte, nicht wieder unabhängig werden könnte, da es notwendig von der einen oder anderen Gruppe der Großmächte abhängig bleiben werde; dadurch seien auch die realen Garantien bestimmt, die Deutschland für die Zukunft von Belgien verlangen müsse. Darauf antwortet Julius Dostle jr. im Leitartikel von „Eij Belgie“ vom 4. August:

Der Artikel des Grafen Reventlow zeigt, daß die Alldeutschen ihren Ton bereits merklich herabgestimmt haben, von einer unbedingten Annexion Belgiens ist selbst bei ihnen schon nicht mehr die Rede. Graf Reventlow kennt uns aber nicht, wenn er glaubt, daß wir nach diesem Kriege eine Abhängigkeit von Frankreich und England ertragen würden. Unser Volk will sein Los nicht an militärische und wirtschaftliche Bündnisse mit Großmächten knüpfen; alle Opfer, die es bringt, bringt es für seine Freiheit und die Menschheit. Es ließe unsere Bundesgenossen beleidigen, wollte man ihnen die Absicht zuschreiben, das kleine Land zwischen Maas und Schelde jemals zur Rolle eines Vasallen oder eines Trabanten zu erniedrigen. Würde ein Friede in diesem Sinne geschlossen, so würden ihn die Völkernachbar nach meiner Meinung nicht anerkennen; aber selbst, wenn sie es täten, würde er keine zwei Jahre standhalten gegen die Entrüstung des Volkswillens. Die vollkommene Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit soll uns aber auch von jeder Bevormundung in bezug auf die Neutralität befreien. Die Neutralität ist uns viel mehr im Interesse der Großmächte als in unserem eigenen aufgedrungen worden, sie gehörte zu dem sogenannten System des europäischen Gleichgewichts, das auf so jämmerliche Weise ein Ende genommen hat, weil man nach dem Prinzip der Geheimverträge das Gleichgewicht ausschließlich auf dem Gleichgewicht der Macht beruhen ließ, ohne sich um das Völkerverständnis zu kümmern. Eine solche vollkommene Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit ist eine Bürgschaft für einen dauernden Frieden; die vollständige Lösung der Sprachenfrage ohne jede fremde Einmischung, nur durch eine vollkommene Selbstverwaltung der Flamen und Wallonen, muß der Zement für das unabhängige Bestehen Belgiens sein.

### Norman Angell zu achtzehn Monaten Zuchthaus verurteilt.

Wie der „Avanti“ vom 2. August aus England berichtet, wurde Norman Angell, der bekannte Verfasser des Buches „Die große Illusion“ nach mehrmonatiger Haft zu einer Zuchthausstrafe von achtzehn Monaten verurteilt, weil er sich, getreu seinen theoretischen Ueberzeugungen, weigerte, in irgendeiner Weise am Kriege teilzunehmen. Der Gerichtshof, der zu entscheiden hatte, ob es sich hier um einen jener Fälle von Gewissensbedenken handelte, durch die eine Verweigerung des Militärdienstes gerechtfertigt

werde, kam zu einer Verneinung dieser Frage, trotz der bekannten in den Schriften Norman Angells vertretenen Ansicht ihres Verfassers und trotz den mehrfach abgegebenen Gutachten von Norman Angell und anderer maßgebender Persönlichkeiten, die den Nachweis erbrachten, daß Angells Weigerung nur eine Konsequenz seines antimilitaristischen Standpunktes sei. Bei der Verhandlung gab Norman Angell an, daß er während seiner Haft sehr schlecht behandelt worden sei. Er sei in strengster Einzelhaft gehalten worden, habe ohne Matratze schlafen müssen und nicht die Erlaubnis zum Lesen und Schreiben erhalten. Auch habe er die schwersten Beschimpfungen von seiten des Gefängnisdirektors zu erdulden gehabt.

Man fragt sich vergebens, welche Beweise für tatsächliche Gewissensbedenken gegen die Dienstpflicht noch erbracht werden müssen, wenn die ganze Arbeit Norman Angells nicht als beweiskräftig genug anerkannt wird!

### Militarisierung von Bergarbeitern.

Auf der Jahreskonferenz des schottischen Bergarbeiterverbandes, die am 10. d. M. in Edinburgh eröffnet wurde, hielt der Vorsitzende Genosse Smillie eine Eröffnungsrede, die an der Regierungspolitik eine überaus scharfe Kritik übte. Wenn die Regierung das Programm des Dreibunds der großen Verbände nicht im Guten annehmen wolle, werde man es mit Gewalt durchsetzen, entweder durch die Gewalt der öffentlichen Meinung oder nötigenfalls durch die Gewalt der Organisation. Die heutigen Alterspensionen im Bergbau nannte Smillie eine Schande. Ebenso heftig verurteilte er die Gleichgültigkeit, womit die Regierung dem Lebensmittelwucher zusieht. Besonders energisch wandte er sich weiter gegen die Weise, wie Soldaten den Privatunternehmern zur Verfügung gestellt werden. Man habe den Bergarbeitern wiederholt feierlich versprochen, daß die Soldaten, die zu einer Zivilbeschäftigung verwandt werden würden, nicht unter der militärischen Autorität und Disziplin bleiben würden. Derzeit seien Verhandlungen über die Rückführung von Bergarbeitern im Gange, aber das Kriegsgesamt oder die lokalen Militärbehörden wollten manche unter der militärischen Disziplin belassen. Das dürfe nicht gebuldet werden, da es die ärgste Form industriellen Dienstzwanges wäre. Die Bergleute seien zur schärfsten Opposition dagegen entschlossen.

### Der Hunger in Rumänien.

Dem Züricher „Volkrecht“ wird von einem rumänischen Genossen geschrieben:

„Der Hunger schreitet durchs Land. Dieweilen die Nationalisten und die vielen bezahlten Agenten der rumänischen Regierung unter dem Rufe „Es lebe der Krieg“ durch die Straßen ziehen, darben sechs Millionen Menschen unter der schredlichsten Armut. Die Pflanzungsomagazine sind voll mit Getreide, die Wägen machen wunderbare Geschäfte, und das Volk hat kein Brot; es bekommt aber dafür blaue Bohnen und Kavallerieattaken. Wenn sich die Lage nicht bessern wird, so werden sich die Zwischenfälle von Galatz mit Sicherheit wiederholen. In den Hafenstädten, wo der Verkehr vollständig stockt, leiden die Proletarier unter dem Ungehener der Armut und der Arbeitslosigkeit. Die rumänische Aristokratie kann wegen des Weltkrieges nicht ins Ausland reisen, so bringt sie das patriotische Opfer im Lande zu bleiben und geht zum Sommeraufenthalt nach Constanza. Da herrscht infolgedessen ein enormer Luxus. Die Proletarier dieser Stadt leiden aber unter der Arbeitslosigkeit; es kam zu Demonstrationen und Straßenkrawallen.“

Die Zustände in den Dörfern lassen sich gar nicht beschreiben, da herrscht die Gendarmerei und jeder Schrei der Not der Bauern wird mit Kecker geahndet.“

### Keine Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 17. August. (B. L. W.) In einem gestern abend ausgegebenen amtlichen Bericht über die Sitzung des Landstings heißt es, daß die Sitzung unterbrochen wurde, weil der Finanzminister Brandes den Präsidenten des Landstings sowie die Parteiführer aufgesordert hat, im Ministerzimmer eine Mitteilung des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen.

Wie Rigas Bureau erzählt, hat der Ministerpräsident dabei mitgeteilt, daß er am Vormittag zum König gerufen worden ist, der ihm seine Besorgnisse, zurzeit Reichstagswahlen vorzunehmen, ausgedrückt hat. Der König hat den Ministerpräsidenten gefragt, ob dieser durch Besprechungen mit den leitenden Männern im Reichstag feststellen könnte, in wie weit eine Möglichkeit zur Bildung eines Ministeriums aus allen Parteien vorhanden sei, um so Neuwahlen zu vermeiden. Der Ministerpräsident hat seiner Mitteilung hinzugesagt, daß eine Voraussetzung für diese Möglichkeit sein müsse, daß der Beschluß des Folketings wegen Verlaufs der westindischen Inseln nicht verworfen wird.

Die Sitzungen des Landstings sind unter diesen Umständen auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Beratungen der Parteien finden am Freitag und Sonnabend statt.

### Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 16. August. (B. L. W.) Der Generalkstab berichtet: Am 14. August abends eröffnete die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer auf unsere vorgeschobenen Stellungen südlich und westlich vom Doiransee. Unter dem Schuge dieses Feuers griff die feindliche Infanterie in der Nacht diese Stellungen an, wurde aber zurückgeschlagen. Darauf setzte die gegnerische Artillerie das Feuer fort. Am 15. August vormittags griff der Feind von neuem die genannten Stellungen an und zwar mit beträchtlichen Streitkräften an. Er wurde wieder zurückgewiesen und genötigt, sich in großer Unordnung zurückzuziehen. An der übrigen Front schwaches Geschützfeuer und Patrouillengefächte.

\* Siehe Nr. 222 und 225 des „Vorwärts“.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. August. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Es ist nichts Wichtiges von den verschiedenen Fronten zu melden.

### Die feindlichen Heeresberichte.

#### Der französische Tagesbericht.

Vom 16. August nachmittags. (W. Z. B.) Die Nacht verlief auf dem größten Teil der Front ruhig. Die Franzosen zersprengten deutsche Patrouillen in der Champagne in der Richtung von Tahure, in den Argonnen in der Richtung von La Paroisse. An der Front von Verdun ziemlich lebhaftes Geschützfeuer in den Abschnitten von Thiaumont, Fleury, Bazay und Chapiroy.

Lufkrieg. In der Nacht vom 15. zum 16. warfen deutsche Flugzeuge einige Bomben auf Velfort. Es wurde niemand getötet.

Vom 16. August abends. (W. Z. B.) An der Sommerfront schritten wir nach einer kräftigen Artillerievorbereitung heute nachmittag zur Offensive, die uns nördlich von Maurepas bedeutenden Gewinn eintrug. Unsere Truppen nahmen in Verbindung mit dem britischen Heere die ganze Linie der deutschen Gräben auf einer Front von ungefähr 1500 Meter und erreichten einige Punkte der Straße Guilleumont—Maurepas. Südlich dieses Dorfes wurden auf einer Front von zwei Kilometern und einer Tiefe von 300 bis 500 Meter alle Stellungen des Feindes östlich der Straße Maurepas—Cléry nach einem sehr heftigen Kampf, der dem Feinde erhebliche Verluste kostete, durch unsere Infanterie gleichfalls besetzt. Diese beiden glänzend geleiteten und schnell durchgeführten Kampfhandlungen gestatteten uns, eine Anzahl Gefangener zu machen, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Südlich der Somme gingen um dieselbe Zeit unsere Truppen zum Angriff vor und bemächtigten sich in einem einzigen Schwunge eines Systems stark befestigter deutscher Gräben auf einer Länge von ungefähr 1500 Metern südlich von Velloh—Santerre. An 60 Gefangene blieben in unserer Hand. Ausgedehnter Geschützkampf auf dem übrigen Teile der Front.

Belgischer Bericht: Heute herrschte sehr lebhaftige Tätigkeit der Feldartillerie und der Grabengeschütze in der Gegend von Dignade.

#### Die englische Meldung.

Vom 16. August. (W. Z. B.) Abgesehen von einigen kleineren Infanteriegefechten bei Pozières, wo unsere Linie nunmehr verstärkt wird, ist zwischen Amiens und Somme keine Veränderung in der Lage eingetreten.

#### Der russische Kriegsbericht.

Vom 16. August nachmittags. (W. Z. B.):

Westfront: Südlich Orgeyan an der Flota Liza besetzten unsere Streitkräfte einige Punkte auf dem westlichen Ufer des Flusses. Der Feind machte Gegenangriffe und hielt unseren weiteren Vormarsch auf. In der Gegend des Zusammenflusses der Flota Liza und des Dnjepr machten unsere Truppen überall kämpfend Fortschritte. Der Gegner leistet hier mit Erbitterung Widerstand. An der Wjstycha besetzten wir den Ort Solotwina und das Dorf Kaniawa, südwestlich Solotwina. In der Gegend Delatyn—Worochta zog sich der Feind westlich unter unserem Druck zurück. Unsere Truppen nahmen eine Reihe von Höhen westlich der Linie Worochta—Ardegluz. Bei Kirlibaba, im Gebiet des Berges Capul (19 Kilometer nördlich Kirlibaba) wurden die Angriffsversuche des Feindes durch unser Feuer abgewiesen.

Nach abgeschlossener Zählung ist die Gesamtbeute der Truppen des Generals Brusilow in der Zeit vom 4. Juli bis 13. August im Laufe der Unternehmungen zur Eroberung der im Winter ausgebauten deutschen und österreichischen Linien vom Prucec bis zur rumänischen Grenze folgende: Gefangene, Offiziere und Soldaten (Feldtruppen, Stappentruppen, Train, Sanitätspersonal usw.), Geschütze und Maschinengewehre:

1. Armee des Generals Kalebzin: 2884 Offiziere, 107 225 Soldaten, 147 Geschütze, 459 Maschinengewehre, 146 Bomben- und Minenwerfer.

2. Armee des Generals Lechitski: 2139 Offiziere, 100 578 Soldaten, 127 Geschütze, 424 Maschinengewehre, 44 Bomben- und Minenwerfer und mehr als 85 Munitionswagen.

3. Armee des Generals Sacharow: 1967 Offiziere, 87 248 Soldaten, 76 Geschütze, 232 Maschinengewehre, 119 Bomben- und Minenwerfer und mehr als 128 Munitionswagen.

4. Armee des Generals Ischerbatichew: 1267 Offiziere, 55 794 Soldaten, 55 Geschütze, 211 Maschinengewehre, 29 Bomben- und Minenwerfer und 129 Munitionswagen.

Insgesamt: 7757 Offiziere, 850 845 Soldaten, 405 Geschütze, 1326 Maschinengewehre, 338 Bomben- und Minenwerfer, 292 Munitionswagen. Außerdem wurden eine große Anzahl Gewehre, 30 Wert Feldbahnmaterial, Telephongerät, mehrere Artillerieposten und Pioniergerät erbeutet.

Vom 16. August abends. (W. Z. B.):

Westfront: Die Lage ist unverändert.

Kaukasusfront: In Persien schlugen wir die Angriffe von feindlichen Streitkräften westlich von Kalapassova (?) südwestlich des Arma-Sees ab.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. August. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Auf dem Karst und in dem Hügelland östlich von Görz heftige Artillerie- und Bombenwerferaktivität. Angriffe unserer Infanterie brachten uns in Besitz von feindlichen Gräben auf den Hängen des Monte Pecina, auf dem Nordrand des Karst und in der Umgebung von Santa Catharina und San Marco östlich von Görz. Wir nahmen dem Feinde 853 Gefangene, darunter 11 Offiziere, ab. Auf der übrigen Front haben wir die üblichen kleinen Angriffe des Feindes abgewiesen. Auf dem Plateau von Schleggen gelang es unseren Abteilungen, in heftigem Ansturm in einige feindliche Gräben an den Abhängen des Monte Rosciagh einzudringen. Unter heftigem feindlichem Artilleriefeuer genommen, lehrten sie unbehelligt in die eigenen Stellungen zurück, nachdem sie die Verteidigungseinrichtungen des Feindes zerstört hatten, und brachten einige Gefangene mit.

Eine unserer Luftgeschwader, bestehend aus 14 Capronistiegern, bewarf gestern in Begleitung von Nieuport-Jagdflugzeugen Eisenbahn- und militärische Anlagen in der Umgebung der wichtigen Bahnhöfe Prebacina und Dornberg. Unsere Flieger warfen 90 minenähnliche Bomben und ungefähr 2 1/2 Tonnen hochexplosiver Stoffe auf ihre Ziele. Die erzielten Ergebnisse waren sämtlich sehr bedeutend. Obwohl sie von zahlreichen Abwehrbatterien unter Feuer genommen wurden, kehrten unsere Flugzeuge alle nach ihren Stützpunkten zurück. Cadorna.

### Vom U-Boot-Krieg.

Haag, 17. August. (W. Z. B.) Gestern nachmittag 5 Uhr ist das Fischerfahrzeugs „Lotos“ in den Hafen von Scheveningen angekommen. Es hatte 15 Mann von der Besatzung von zwei norwegischen mit Holz beladenen Schiffen an Bord. 10 Mann stammten von dem Dampfschiff „Aestip“ und 5 Mann von dem Schoner „Fretward“, die von Fredrickshald resp. Kristiania mit je einer Ladung Grubenholz nach Hartlepool unterwegs waren. Die „Aestip“ ist am Sonntag mittag 12 Uhr und die „Fretward“ Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr von einem deutschen Unterseeboot in Brand geschossen worden. Die Besatzungen wurden auf den „Lotos“ gebracht.

London, 17. August. (W. Z. B.) Loyds meldet, daß die italienischen Segelschiffe „Iva“ und „Giuseppe Petriarca“ gesunken sind.

### Neuer deutscher Flugzeugangriff gegen Oesel.

Amtlich. Berlin, 17. August. (W. Z. B.) Am 15. und 16. August haben unsere Seesflugzeuge erneut die Flugstation

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. August 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Das feindliche Feuer erreichte westlich von Wytschaete sowie am und südlich vom Kanal von La Bassée zeitweise große Heftigkeit.

Nachdem bereits am Morgen starke englische Angriffe aus der Linie Duillers—Pozières und westlich des Fourcaux-Waldes abgewiesen waren, sind abends nach starkem Vorbereitungsgeschützfeuer und mit sehr erheblichen Kräften die Engländer zwischen Guilleumont und der Somme zum Sturm vorgegangen. Der Sturm ist gescheitert, ebenso wie die mehrfachen, von den Franzosen bis zu fünfmal verführten nächtlichen Wiederholungen. Nach hartnäckigem Kampfe wurden westlich des Fourcauxwaldes und südlich von Maurepas eingedrungene Teile des Gegners wieder zurückgeworfen. Die feindlichen Verluste sind groß.

Südlich der Somme wurde in der Gegend von Velloh gekämpft. Die Franzosen haben hier in unserem vordersten Graben in etwa 500 Meter Breite Fuß gefaßt. Westlich davon und bei Ctrées ist der Gegner abgewiesen.

Beiderseits der Maas war die Artillerietätigkeit wiederholt gesteigert. Der Versuch eines feindlichen Angriffs im Chapitry-Walde wurde durch Sperrfeuer unterdrückt.

An zahlreichen Stellen der Front sind französische Patrouillenunternehmungen mißlungen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Heftige, bis in die Nacht fortgesetzte Angriffe der Russen gegen den Abschnitt Barzow—Harbuzow (westlich von Zalocze) wurden restlos abgewiesen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Vorstöße des Feindes nördlich des Dnjepr bei Toustobaby—Konezaki blieben auch gestern erfolglos. Es wurden 154 Gefangene eingebracht.

In den Karpaten ist die Höhe Stara Diczyna (nördlich vom Capul) genommen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Südwestlich des Dojran-Sees warfen schwache bulgarische Vortruppen feindliche Abteilungen zurück, die aus Dolzoli vorzustoßen versuchten.

### Oberste Heeresleitung.

Bei der Armee des Generalsobersten v. Boehm-Ermolli kam es gestern zwischen Perepeluzki und Pieniali zu Kämpfen von größter Heftigkeit. Der Feind trieb durch mehr als zwölf Stunden ununterbrochen seine Waffen gegen unsere Stellungen vor. Die meisten Anstürme brachen schon vor unseren Hindernissen zusammen. Wo es dem Gegner, wie bei Manojow, vorübergehend gelang, in unsere Gräben einzudringen, wurde er durch unsere Reserven zurückgeworfen.

Die siegreiche Abwehr des russischen Stoßes ist ebenso sehr dem trefflichen Wirken deutscher und österreichisch-ungarischer Batterien wie der tapferen Haltung der Infanterie namentlich der westungarischen Regimenter 12 (Ramaron) und 72 (Podgorz) zu danken. Unsere Verluste sind gering, die feindlichen außerordentlich schwer. Weiter nördlich nichts von Belang.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Während die Italiener gestern ihre Tätigkeit an der Front zwischen Flava und der Wippach auf lebhaftes Artilleriefeuer beschränkten, griffen sie zwischen diesem Flusse und Oppachiafella unsere Stellungen fünfmal tief gegliedert an. Nur an einer Stelle hatten unsere Truppen den Feind im Nahkampf zurückzuwerfen. Im übrigen brachen seine Stürme unter besonders schweren Verlusten schon in unserem Feuer zusammen.

An der Tirolerfront scheiterten kleinere feindliche Unternehmungen am Monte Piano und Civaron.

### Südoestlicher Kriegsschauplatz.

Außer der gewöhnlichen Gefechtsintensität an der unteren Isonza nichts Neues.

### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

### Ereignisse zur See.

In Erwiderung des feindlichen Fliegerangriffs auf Trieste hat in der Nacht vom 16. auf den 17. ein Flugzeuggeschwader Venedig angegriffen. Es wurden der Bahnhof, Magazine, das Arsenal und militärische Objekte ausgiebig mit schweren, leichten und Brandbomben belegt, viele Volkstreffler erzielt und ein großer Brand in den Bahnhofsmagazinen erzeugt. Ein zweites Geschwader griff erfolgreich den Innenhafen von Grado, eine Batterie am unteren Isonzo und militärische Objekte von Monfalcone an. Trotz heftigster Abwehr sind alle Flugzeuge unversehrt eingedrückt.

### Flottenkommando.

Bapenholm auf Oesel und am Strande der Insel Runoe stehende feindliche Flugzeuge mit gut bedeckten Spreng- und Brandbomben angegriffen. Trotz heftigen Abwehrfeuers mit anschließendem Luftkampf kehrten unsere Flugzeuge sämtlich wohlbehalten zurück. Ein in derselben Nacht von vier feindlichen Flugzeugen auf Angernsee ausgeführter Angriff hat nur geringen Sachschaden verursacht.

## Neue Anstrengungen!

Von Richard Gädle.

Während sich in der ersten Augustwoche eine gewisse Abschwächung der feindlichen Angriffe bemerkbar machte, die zum Teil wohl durch die großen Verluste der vorhergehenden Wochen, zum anderen Teil aber durch Vorbereitungen und Kräfteverschöbungen verursacht war, entspannten sich die Kämpfe vom 7. August an rings um uns zu neuer Wut. Unsere Gegner sehen die Gunst der augenblicklichen Lage für sie in dem Umstande, daß sie nunmehr nach zweijähriger Kriegsdauer endlich dahin gelangt seien, auf allen Kriegsschauplätzen gleichzeitig vorzugehen und die Heere der Mittelmächte überall gleichzeitig und mit gleicher Wut anzufallen. Sie glauben — wie die englischen Staatsmänner ausplaudern — uns dadurch endgültig in die reine Abwehr mit allen ihren Nachteilen zurückgedrängt und das Hinüberwerfen unserer Streitkräfte von der einen zur anderen Front dauernd verhindert zu haben. Ob sie aber die geistigen und materiellen Hilfsmittel der deutschen Heeresleitung nicht zu gering eingeschätzt haben, kann erst die Zukunft lehren. Soviel kann gesagt werden, daß an sich die Gleichzeitigkeit starker Angriffe auf allen Kriegsschauplätzen die Ausnutzung des großen Vorteils niemals verhindern kann, den ihre zentrale Lage den Mittelmächten in strategischer Beziehung gewährt. Für den Feldherrn handelt es sich niemals allein um die Gleichzeitigkeit feindlicher Angriffe, sondern in höherem Maße um die Einschätzung ihrer Bedeutung und ihrer Gefährlichkeit. Zu allen Zeiten hat es große Führer gegeben, die an einem Punkte Wagnisse auf sich nahmen, um an anderer Stelle doppelt stark zu sein und das stolze Vorrecht des Angriffs an sich reifen zu können. Wie das für kleinere Verhältnisse noch immer gegolten hat, so erst wohl für die tiefsten Verhältnisse eines Weltkrieges.

Ich darf an den entscheidenden Kampf zwischen Rom und Karthago erinnern. Im Jahre 207 vor Christi stand er auf seinem Höhepunkt; im Süden von Apulien her drohte der größte Feldherr des Altertums Hannibal, der eben erst wieder ein kaukasisches Heer geschlagen hatte, von Norden aber durch die italienische Ebene rückte sein Bruder Hasdrubal mit starken Streitkräften heran. Da ließ der tüchtige Konsul Claudius Nero mit einem Teile seines Heeres die Front im Süden, er wagte ihre Entblößung gegenüber Hannibal und zog in Eilmärschen seinem Kameraden nach Norden zur Hilfe. Beide vereint, schlugen und vernichteten das Hasdrubal-Heer am Metaurus und wandten sich dann wieder nach Süden.

Diese Schlacht bei Sena war die wahre Entscheidungsschlacht des weitbedeutenden Krieges zwischen Rom und Karthago und nicht erst die Schlacht bei Zama im Jahre 202, die ihm ein unmittelbares Ende setzte.

In Wahrheit rechnen unsere Gegner auch weniger auf die Gleichzeitigkeit ihrer Angriffe, als vielmehr darauf, daß ihre Waffen überall so überlegen seien, daß unsere Streitkräfte im günstigsten Falle nur gerade noch hinreichen, sich mühsam in der Abwehr zu behaupten. Die Ansammlung ungeheurer Massen von Geschützen und Geschossen mit Hilfe Japans und der Vereinigten Staaten, die ungewohnt starke militärische Anstrengung Englands, die Rüstungen Italiens, die Ausschöpfung der russischen Volkskraft haben ihnen unzweifelhaft eine große Zahlenüberlegenheit verschafft. Die Gleichzeitigkeit der Angriffe von West und Ost ist auch schon früher mehrmals erreicht worden; der Unterschied von jetzt gegen früher liegt in den verhältnismäßig größeren Massen, die unsere Gegner diesmal auf die Beine gebracht haben.

Und hier stehen wir wieder einmal vor der alten Streitfrage, welchen Einfluß die Zahl auf die Entscheidung der Schlachten und der Kriege ausübt. Offenbar handelt der sehr leichtfertige, der ihren Wert verkennet und seine Streitkräfte nicht so stark macht wie ihm irgend möglich ist. „Viele Hunde sind des Hasen Tod“, aber nicht nur des Hasen, sondern auch des Bären! Doch ist es erfreulich für den in jeder Entwicklung tätigen Geist, daß nicht die tote Zahl an sich es ist, die die Entscheidung gibt, sondern daß sie erst in der Hand des Feldherrn ihre fruchtbarere und ihre fruchtbarere Bedeutung gewinnt. Damit aber tritt der Vorteil einer zentralen Lage auch gegenüber der Zahl wieder in sein volles Recht. Und auch darauf darf sich unsere Aufmerksamkeit gründen, daß die unerhörten großen Verluste, die unsere Gegner bei ihren rücksichtslosen Massenstürmen erlitten haben und fortwährend erleiden, das zeitweise Uebergewicht der Zahl immer wieder zu unseren Gunsten mildern. Darin liegt nun wieder der Vorteil, den eine tüchtige Truppe aus einer mit Bewußtsein und nicht im Gefühl der Schwäche gewählten Verteidigung zu ziehen vermag. Nur das dauernde Verbleiben in der reinen Abwehr ist bedenklich, aber nicht die Verteidigung, die sich zeitweise zurückhält, um zu stärkerer Schlage auszuholen zu können.

Wie dem auch sei: in jedem Falle heißt es die Gleichzeitigkeit des Angriffes auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in sehr beschränktem Sinne deuten, wenn man schon darin einen Vorteil zu sehen glaubt, daß er überall am gleichen Tage und fast zu gleicher Stunde losbricht. In den gewaltigen Verhältnissen dieses Krieges, wo die einzelnen Kriegsschauplätze durch Tausende von Kilometern voneinander getrennt sind, kommt es auf den Unterschied einiger Tage gar nicht an. Fast aber scheint es, als ob unsere Gegner besondere Aufmerksamkeit darauf schenken, daß ihre Heere am 7. und 8. August überall im Angriff gefochten haben: an der Somme wie vor Verdun, am Isonzo wie am Stochod und zu beiden Seiten des Dnjepr. Der Erfolg dieses gleichzeitigen Druckes blieb im wesentlichen doch aus, wie er ja auf die Maßnahmen der deutschen Heeresleitung keinen irgendwie gearteten Einfluß ausüben konnte. Höchstens einen gewissen moralischen Einfluß auf die Stimmung der gegnerischen Völker und damit auf die Verlängerung des Krieges mag man ihm zugestehen.

Im Westen scheiterten die Angriffe und ihre Wiederholung am 12. und 13. August unter schweren Verlusten. Wenn die Gegner wirklich der Ansicht sind, daß auf diesem Kriegsschauplatze die Entscheidung fallen müsse, könnte man fast glauben, daß sie bereits gegen sie gefallen sei. Es ist unwahrscheinlich, daß unsere Front, die nunmehr sechs Wochen der größten Ueberlegenheit und den wütendsten Stürmen standgehalten hat, jetzt noch durchbrochen werden könne. Der Verlust irgendeines Grabenstückes aber ist bedeutungslos.

Am Isonzo hat Cadorna endlich einen unzweifelhaften Erfolg davongetragen, indem seine Scharen in den westlich des Isonzo gelegenen Götzer Brückenkopf einbrachen und im weiteren Verlaufe auch die heiklungsreiche Hochfläche von Doberdo besetzten. Daß sie hierbei eine größere Zahl von Gefangenen machten, ist glaublich. Aber wenige Kilometer östlich sind sie bereits wieder zum Stehen gekommen; am 13. August sind keine siebenmal wiederholten Stürme östlich des Palonatales völlig gescheitert. Auf dem Gebiete nördlich von Görz hat sich sein Erfolg überhaupt nicht ausgedehnt, hier halten unsere Verbündeten nach wie vor die Isonzofront.

Im Osten sind alle russischen Angriffe gegen die Stochodfront unter schwersten Verlusten zusammengebrochen, auch der Einsatz der Garde und der harten Sibirier hat daran nichts zu ändern vermocht, sie haben hier und da sogar Boden verloren. Auch westlich Zalocze haben sie sich gegenüber der Armee Boehm-Ermolli schließlich nicht durchzusetzen vermocht. Nur zu beiden Seiten des Dnjepr auf ihrem Südflügel war ihnen noch ein Erfolg beschieden. Der Druck sehr überlegener Kräfte hat die Armee Koebek zur Aufgabe ihrer Stellungen bei Dzwienica, Otynia, Kadworna und Delatyn veranlaßt (9. und 10. August). Sie gab auch Stanislaw auf und bezog hinter der Wjstycha neue Stellungen, in denen sie russische Angriffe am 13. August mit Erfolg abgewehrt hat. Diese Umgruppierung mußte ihren Einfluß auch auf die Armee des Grafen Bothmer nördlich des Dnjepr ausüben, deren rechter Flügel über Monasterziska hart angegriffen wurde und die vor der übrigen Front weit vorgehoben war.

In dieser Umgruppierung ist nur eine Folge und eine Vereinfachung der Lage zu sehen, die sich aus der vorhergehenden Entwicklung ergeben hatte. Die ganze lange Front der verbündeten

Seeze bildet nunmehr eine fast gerade, völlig zusammenhängende Front von Norden nach Süden und von etwa 300 Kilometer Länge zwischen den Bripjetzumpfen und den Karpathen, die sich fast überall auf gute natürliche Abschnitte stützt. Entlang dem Karpathenmassive aber, im Besitze seiner Bahngänge, dehnt sich eine Offensivflanke von 140 Kilometer Länge vom Jablonico-Passe bis zur rumänischen Grenze aus. In dieser Lage stehen die verbündeten Seere bereit zu neuen Entscheidungen. (2)

## Die Wirkung des letzten Luftangriffs.

Berlin, 17. August. (W. Z. B.) Ueber die beim Luftangriff vom 8./9. August auf die englische Ostküste erzielten Erfolge ist trotz möglicher Geheimhaltung durch die englischen Behörden bisher folgendes bekannt geworden:

In Hull am Humber wurden in der Dockstation der North Eastern Eisenbahngesellschaft sowie in Holzlagern in der Nähe davon große Brände verursacht. Kohlenübernahmehallen am Humber und Anlagen wurden schwer beschädigt, eine Munitionsfabrik in Brand gesetzt, ein voller Getreidespeicher von 200 Meter Länge brannte gänzlich ab. Die Monumentalbrücke ist völlig zerstört, das große Zollhaus und verschiedene Häuser in seiner Nähe sind bis auf den Grund abgebrannt. Großer Schaden wurde in den Alexandradocks angerichtet, ein ganzes Dock soll unbrauchbar gemacht sein.

Ferner ist festgestellt, daß zwei bei Hawthorn, Vessie u. Co. (Hebburn) auf Stapel liegende Torpedoboote vernichtet worden sind.

Bei Gates Head ist ebenfalls eine Munitionsfabrik in die Luft geflogen. Außerdem werden sonst noch sehr schwere Materialschäden gemeldet. Ein Ladung nehmender russischer Dampfer wurde total vernichtet.

In Middlesborough, West-Portlepool und Whitby sind große Brände, besonders von Fabriken, und Einstürze von Lagerhäusern am Vier festgestellt worden.

Allgemein herrscht in England große Trauer und Besorgnis über diese neuen großen Erfolge unserer Luftschiffe. Die Erregung unter der Bevölkerung ist groß. Der Regierung werden schwere Vorwürfe gemacht. Mit Schreden sieht man neuen Angriffen entgegen. Die Vorschriften über Abblenden, sowie sonstige Abwehrmaßnahmen werden dauernd nach Möglichkeit verschärft.

## Carson über die Wahlrechtsfrage.

Rotterdam, 17. August. (W. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 16. August: Bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage über die Aufstellung einer besonderen Wählerliste im Unterhaus sagte Sir Edward Carson, es wäre wichtig, festzustellen, ob die Vorlage ernst zu nehmen oder ob sie nur ein Scheinmanöver sei. Sei sie ernst gemeint, so wäre es möglich, daß die von der neuen Liste festgelegte Wählerliste noch während dieses Krieges das neue Parlament wählte und daß dieses Parlament dann die Friedensverhandlungen leitere und die nach dem Kriege einzuschlagende Politik bestimme. Es seien mindestens zwei Millionen Mann unter den Waffen. Ein Viertel der gesamten Wählerschaft würde also keine Stimme haben, und die Munitionsarbeiter und Soldaten zuhause würden auch kein Stimmrecht haben. Ein Parlament, das unter solchen Umständen gewählt würde, würde aber keine Volksvertretung sein. Man erzählt uns, daß die Vorlage, wenn wir sie annehmen, sofort Gesetzeskraft erlangen könnte, und daß sie im anderen Falle bis zur nächsten Session liegen bleiben müßte.

Carson machte zwei Vorschläge, erstens, daß er der Vorlage keinen Widerstand entgegenzusetzen würde, obwohl manche Einzelheiten ihm nicht gefallen, wenn die Regierung versprochen wolle, es den Soldaten durch eine königliche Verordnung zu ermöglichen, an den Wahlen teilzunehmen, und zweitens, daß er, wenn die Regierung es vorzöge, nach den Sommerferien eine Vorlage einbringen, die in diesem Sinne gehalten wäre, dafür stimmen würde. Die Verleihung des Wahlrechts an alle Soldaten und Seeleute sei etwas ganz anderes als eine sonstige Ausdehnung des Wahlrechts. Er halte es für einen Vorstoß gegen die Würde des Unterhauses, in aller Ruhe darüber zu debattieren, ob man den Soldaten von der Front das Wahlrecht geben wolle oder nicht.

## Japan für die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Tokio, 12. August. (W. Z. B.) Neuter. In einer gemeinsamen Sitzung der japanischen Handelskammern wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich zugunsten der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz ausspricht, sowohl was die Maßregeln während des Krieges als diejenigen nach dem Kriege betrifft.

## Der chinesisch-japanische Zwischenfall.

Tokio, 17. August. (W. Z. B.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Ein Kavallerieregiment, drei Bataillone Infanterie und eine gemischte Kompanie mit Maschinengewehren wurde von der nächstgelegenen Garnison nach Chenghsialung entsandt. — Das Kabinett beriet heute über die Lage. Das Ministerium des Aeußern erklärte, daß die Haltung Japans von der freundschaftlichen Gesinnung und der Mitarbeit Pekings abhängen würde.

## Eine Kriegsrede von Hughes.

Seattle (Washington), 16. August. (W. Z. B.) Neuter-Meldung. Hughes hielt in Fortsetzung seines Präsidentenschaftswahlkampfes hier eine Rede, in der er Wilsons auswärtige Politik angriff. Er sagte dabei, er würde entschlossen einen Krieg wagen, wenn er zum Schutze von Leben und Eigentum von Amerikanern nötig sei. Er glaube nicht, daß ein Krieg notwendig die Folge der Durchsetzung dieser Lehre sein müsse, aber, „er würde nicht davor zurückschrecken und er würde seine klare Pflicht erfüllen“.

## Kleine Kriegsnachrichten.

London, 15. August. (W. Z. B.) „Daily Chronicle“ schreibt: Ueber die Offensive im Westen könnten sich Jbidisten kein zutreffendes Urteil bilden. Es sei aber wahrscheinlich, daß sich das Publikum daheim klar mache, wie schwierig das Problem sei und nicht den vorläufigen Schluss ziehe, daß die Offensive fehlgeschlagen sei oder aufgegeben worden sei, oder daß sie sich als nutzloses Opfer von Menschenleben erwiesen habe.

London, 14. August. (W. Z. B.) Unterhaus. Lord Robert Cecil sagte auf eine Frage, er habe Berichte über Unruhen aus Montenegro und Albanien erhalten, aber er besitze keine zuverlässigen Nachrichten oder eine Bestätigung darüber. Er bedauere tags zu müssen, daß nach eingegangenen Berichten die dortige Bevölkerung große Not zu leiden scheine.

„Nieuw Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der bisherige Einrichtiger der Arbeiterpartei Roberts wurde zum Parlamentssekretär des neuen Departements ernannt, an dessen Spitze Henderson stehen wird.

Bern, 17. August. (W. Z. B.) Laut Verner Tagblatt befindet sich gegenwärtig der schweizerische Gesandte in Rom, Planta, in Bern, wo er gestern mit dem Bundesrat Hoffmann eine zweiwöchige Besprechung über die Vorschläge hatte, die Italien für die Verpflegung der Schweiz zu machen gedenkt.

Petersburg, 17. August. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Generaladjutant Rukki ist zum Oberbefehlshaber der Armeen der Nordfront ernannt worden.

# Politische Uebersicht.

## Der „ehrliche Matler“.

Herr von Jeditz setzt in der „Post“ seine Bemühungen fort, die „Gemäßigten“ und die „Unentwegten“ aus dem Lager der bürgerlichen Annerionisten unter einen Hut zu bringen, um so eine „einheitliche starke Volksströmung“ für Annerionen zu schaffen. „Dazu bedarf es allerdings“, fügt er boshaft hinzu, „einer ungleich geschickteren Hand, als sie bisher in dieser Frage gewaltet hat. Fehler, wie das Fortdrängen demokratischer Tendenzen oder die einseitige und vielschichtige, weil nicht mehr gerecht, verlegende Bekämpfung der Alideutschen, müssen vermieden werden.“ Sonst sei die Befürchtung „eines schweren Rückschlages mit persönlichem Einschlage“ (1) nicht abzuweisen.

Seine weiteren Ausführungen verlassen das Gebiet der „hohen Politik“ und behandeln ausschließlich Fragen der inneren Politik — ein weiterer Beweis dafür, daß in erster Linie innerpolitische Gesichtspunkte für die Haltung der bürgerlichen Parteien in der äußeren Politik ausschlaggebend sind. Den Konservativen redet Herr v. Jeditz gut zu, sich mit einer „Erweiterung“ des preussischen Wahlrechts zugunsten der „minderwohlhabenderen Rehrtheit“ als unausbleiblich und daher unabwendbar abzufinden. Andererseits gibt er aber zu verstehen, daß das Maß der Demokratisierung unseres Wahlrechts sehr wesentlich davon abhängen dürfte, ob eine solche Reform mit den Konservativen oder gegen sie durchgeführt werde.

Auf die Sozialdemokratie übergehend, sagt der „ehrliche Matler“:

„Was die Sozialdemokratie anlangt, so wird die Stellungnahme wohl davon abhängig zu machen sein, welche praktischen Schlussfolgerungen sie aus dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Republik und zum Sozialismus ziehen wird. Sollte sie darauf hinarbeiten, die Monarchie durch die Republik zu ersetzen und unsere Wirtschaftsordnung von Grund aus im sozialistischen Sinne umzugestalten, so wäre auch die Richtung vom 4. August 1914 vom Standpunkte staatsrechtlicher Politik auf das schärfste zu befehlen. Sollte sie aber, wie wenigstens von den Gewerkschaften zu hoffen ist, es bei dem grundsätzlichen Bekenntnis der Republik und zum Sozialismus bewenden und sich zu positiver Mitarbeit auf dem Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung bereithalten lassen, so würde man sich zu ihr ähnlich wie zu der bürgerlichen Demokratie zu stellen haben. Daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft durch den Abfall und Rückfall von der Stellung vom 4. August 1914 jeden Anspruch auf Gleichberechtigung im Staatsleben verliert, ist selbstverständlich.“

Herr von Jeditz ist also so gnädig, der Sozialdemokratie kein Wohlwollen in Aussicht zu stellen, wenn die „Richtung vom 4. August“ sich noch weiter folgerichtig zu einer bürgerlichen Reformpartei „entwickelt“, die ihre „grundsätzlichen Bekenntnisse“, nach dem Vorbilde der bürgerlichen Demokratie, hauptsächlich auf dem Papier stehen läßt und im übrigen die Geschäfte der „bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung“ besorgt. Daß Herr v. Jeditz in diesem Zusammenhange seine Hoffnungen „wenigstens“ auf die Gewerkschaften setzt, ist eine „Ergrübelung“, für die sich die Genossen in den Gewerkschaften bei ihren „unlerne“-besessenen Gewerkschaftsbeamten bedanken können. Wenn schließlich Herr v. Jeditz die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und ihre Anhänger in Acht und Bann tut und es als „selbstverständlich“ erklärt, daß sie jeden Anspruch auf Gleichberechtigung im Staatsleben verliert, so ist das eine Anmaßung, die dadurch nicht gemildert wird, daß sie von einem Manne ausgeht, der die Welt vom Standpunkt des parlamentarischen Kulissenstiebers betrachtet. Wir leben der festen Hoffnung, daß die Dinge sich trotz allem anders als nach den durchsichtigen Spekulationen solcher Leute gestalten, und daß die Massen sich den Teufel daran fahren werden, ob Herr v. Jeditz und seinesgleichen so gnädig sein werden, ihren Anspruch auf Gleichberechtigung „anzuerkennen“ oder nicht.

## Presse und Zensur.

Der Reichsverband der deutschen Presse hatte am 11. Juli an den Chef der Reichskanzlei Unterstaatssekretär Wahnschaffe ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Gründung des Deutschen Nationalausschusses und die für den 1. August geplanten Versammlungen die völlige Freigabe der Kriegsziele für die öffentliche Erörterung anregte. „Schwieriger durchführbar als die völlige Freigabe der Erörterung der Kriegsziele — heißt es dann weiter in der Eingabe — scheint uns die beabsichtigte Milderung der politischen Zensur, sobald die Notwendigkeit einer solchen Zensur grundsätzlich ausgesprochen wird, da die vorgelegene Milderung doch immer von der jeweiligen herrschenden und möglichen Anschauung bestimmt würde und daher kaum ein alle Anschauungen befriedigendes, gerechtes Ausmaß für die gesamte deutsche Presse erhoffen ließe.“ Trotzdem glaubte der Reichsverband der deutschen Presse eine Anzahl Maßnahmen empfehlen zu können, damit der vom Reichskanzler vorgegebene Uebergangszustand „leichter erträglich“ und für die Stimmung der öffentlichen Meinung als wertvoller Kampffaktor nützlicher sich gestalten ließe.

Diese Maßnahmen sollten darin bestehen: 1. daß „allgemeine grundlegende Darlegungen über die politische Lage und die Gestaltung der deutschen Zukunft“ nicht mehr verboten würden, 2. daß die „Erhaltung des Burgfriedens der Presse“ allein überlassen werde, und 3. daß zu Zeitungsverböten „nur im äußersten Notfall“ (1) gegriffen werde und auch dann nicht länger als auf einen Tag.

Auf diese Vorschläge des Reichsverbandes hat der Unterstaatssekretär Wahnschaffe folgende Antwort erteilt:

„Dem Reichsverband der deutschen Presse beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 11. v. M. ergebenst zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler von den Ausführungen des Schreibens mit Interesse Kenntnis genommen hat. Ich darf zunächst hinsichtlich der Augustversammlungen des Deutschen Nationalausschusses darauf hinweisen, daß für diese Versammlungen das Verbot der Erörterung der Friedensziele nicht aufgehoben worden ist. Die Medien unterliegen in dieser Beziehung gleichen Zensurbestimmungen wie die Aufsätze der Presse. Der Herr Reichskanzler hat nach erneuter Prüfung der vom Reichsverband vertretenen Auffassung sich damit ausgesprochen, daß er zurzeit davon absehen muß, den militärischen Stellen eine völlige Aufhebung des Verbots der Friedenserörterungen vorzuschlagen, und daß es bei der bereits erfolgten Ergründung einer milden Handhabung der Zensur in den Fragen der Kriegsziele bis auf weiteres sein Bewenden haben muß.“

Einsichtlich des zweiten Vorschlages des Reichsverbandes teile ich ergebenst mit, daß auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers eine Zensurverfugung vorbereitet ist, die den Wünschen der Presse entsprechen dürfte. Sie gibt für die innere Politik folgende Richtlinien: Keine Beschränkung der Erörterung innerpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen. Vermeidung gebärdiger und die Gesinnung anderer Parteien und Erwerbsstände herabsetzender Auseinandersetzungen. Solche Aus-

einandersetzungen müssen gegebenenfalls Zensurmaßnahmen zur Folge haben.

Zur Frage des Verbots von Zeitungen teilt der Herr Reichskanzler die Ansicht des Reichsverbandes, daß zu dieser Maßnahme nur im äußersten Falle gegriffen werden sollte. Er hat auch bei gegebenem Anlaß in diesem Sinne Einfluß geübt.“

Nach den vielen Enttäuschungen, die die verschiedentlichen Zusicherungen einer Milderung der Zensur verursacht haben, wird man auch die Ankündigung des Herrn Wahnschaffe mit einer großen Dosis Skeptizismus aufnehmen müssen. Ganz abgesehen davon, daß ihr materieller Inhalt so gering ist, daß er unseren grundsätzlichen Standpunkt in der Zensurfrage, wie ihn die sozialdemokratischen Redner im Reichstag und Landtag entwickelten, nicht im geringsten erschütterte.

## Belagerungszustand 1870/1871.

Gegenüber vielfachen irrigen Ansichten über den Belagerungszustand während des deutsch-französischen Krieges möchten wir folgendes kurz feststellen: Der Kriegszustand wurde nur für die Bezirke des 1., 2., 9. und 10. Armeekorps ausgesprochen. Die Aufhebung des Kriegszustandes erfolgte am 27. März 1871, also 1½ Monate vor Friedensschluß. In allen nicht vom Kriegszustand berührten Teilen des norddeutschen Bundes gab es keinerlei Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Presse, des Vereins- oder Versammlungsrechts.

## Eine Aufsehen erregende Hausfuchung.

Bei dem Stadtverordneten und Mitglied des Hessischen Landtages Molthan in Mainz, einem Zentrumsmann, fand eine Hausfuchung statt. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Verhaftung eines gewissen Giesel, der der Verletzung bei Solglieferung für militärische Zwecke beschuldigt ist. Es dreht sich um Hunderttausende. Giesel führte über alle Ausgaben und Einnahmen Buch, so kam die Angelegenheit, die noch weitere Akte in Mitleidenschaft ziehen dürfte, ans Tageslicht. (2)

## Abgabe von Flaschenspiritus.

Die Reichsbrandweinsteuer macht bekannt: Die Spirituszentrale ist ermächtigt worden, statt der bisherigen 25 Hundertteile vom 1. September 1916 an 40 Hundertteile des früheren Verbrauchs an vollständig bergästetem Branntwein für häusliche Zwecke (Flaschenspiritus) in den Verkehr zu bringen. Bis zu 30 Hundertteilen sind zu dem bisherigen Preise von 0,55 M. für das Liter gegen Bezugsmarken, die von den Gemeindeverwaltungen ausgegeben werden, zu liefern, während der Rest bis zu 10 Hundertteilen zu dem gleichfalls unverändert gebliebenen höheren Preise von 1,50 M. für das Liter verkauft werden darf.

Die übrigen in der Bekanntmachung vom 13. Mai 1916 („Deutscher Reichsanzeiger“ vom 28. Mai 1916 Nr. 124) enthaltenen Bestimmungen werden durch vorstehende Anordnung nicht berührt.

## Das tägliche Brot.

### Einheitliche Regelung der Fleischversorgung.

Berlin, 17. August. (W. Z. B.) Eine vom Bundesrat am 17. August 1916 beschlossene Änderung des § 10 Absatz 3 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 gibt dem Reichskanzler die Möglichkeit, die bisher den Gemeinden bzw. Landeszentralbehörden überlassene Regelung der Fleischversorgung selbst vorzunehmen. Die Verordnung bietet die rechtliche Grundlage für die vom Kriegsernährungsamt vorbereitete, binnen kurzem bevorstehende einheitliche Regelung der Fleischversorgung und des Fleischverbrauchs im ganzen Reiche.

### Nachse Ablieferung des neuen Getreides dringend notwendig.

Amlich wird folgende Maßnahme an die Getreideproduzenten gerichtet: Die vielfach vertretene Auffassung, daß die noch vorhandenen Bestände an Brotgetreide alter Ernte so reichlich seien, daß die Ablieferungen aus der neuen Ernte einer Verschlebung nicht bedürften, ist durchaus irrtümlich. Die Reichsgetreidefelle bedarf vielmehr dringend einer sofortigen Ablieferung von Roggen und Weizen der neuen Ernte.

### Warnung vor Preistreibern auf dem Rindviehmarkt.

Aus dem Kriegsernährungsamt wird geschrieben: Die günstige Raubfütterernte und die derzeitigen hohen Preise für Schlachtrinder, verbunden mit der Knappheit an Magervieh zur Winterfütterung und an Jungvieh haben für dieses in manchen Bezirken in letzter Zeit eine bedenkliche Preistreiberi hervorgerufen. Käufer und Verkäufer großer Vorräte suchen sich durch Zahlung übermäßiger Preise in den Besitz des nach Friedensgewohnheit für den Winter erforderlichen Viehs zu setzen. Auch Abkäufer neigen bei der Knappheit an Abkäufern zu wirtschaftlich unberechtigtem Preisangebot. Die Zahl der insgesamt für den Winter verfügbaren Rinder wird durch solche ungesunde Preistreiberi nicht vermehrt. Die zurückgegangene Gesamtzahl der Rinder macht es unvermeidlich, daß manche Ställe zum Winter ungenügend besetzt bleiben und daß deren Inhaber ihre Futterverwertung und Stallmistzeugung nicht in der gewöhnlichen Art fördern können. Die gegenfeitige Ueberbietung der Kaufwilligen kann für sie zu schweren Verlusten führen, da sie nicht darauf rechnen können, daß übertriebene Preise, die sie für Ruy- und Magervieh gezahlt haben, bei künftiger Regelung der Verkaufspreise berücksichtigt werden. Das Kriegsernährungsamt sieht sich veranlaßt, vor solcher Preistreiberi ernstlich zu warnen. Wer diese Warnung unbeachtet läßt, wird unter Umständen die Folgen in Gestalt von Verlusten bei der späteren Verwertung des Viehs tragen müssen.

### Butterpostsendungen aus dem Auslande werden beschlagnahmt.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Jeder, der Butter aus dem Auslande erhält, muß sie nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sofort bei der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft in Berlin anmelden und nach erhaltener Anweisung abliefern. Diese Vorschrift bezieht sich auch auf Postsendungen. Die Unterlassung der Anmeldung und Ablieferung und insbesondere der Verbrauch der Butter sind mit schweren Strafen bedroht und haben bereits in zahlreichen Fällen zur Einleitung von Strafverfahren geführt. Auf diese Bestimmungen wird wiederholt hingewiesen, weil neuerdings holländische Firmen versuchen, für Butterpostsendungen aus Holland deutsche Einkäufer zu gewinnen, die natürlich vor der Abhebung einen unerhörten Preis bezahlen müssen und dann durch die Beschlagnahme ihr Geld verlieren. Insbesondere wird vor der holländischen Firma „Coöperative Stoomzuivelfabriek Concordia“ in Roodum in dieser Hinsicht dringend gewarnt.

## Letzte Nachrichten.

### Erdbebenwirkungen in Italien.

Bern, 17. August. (W. Z. B.) Mailänder Blätter melden, daß die Eisenbahnlinie an der Adria durch das Erdbeben unterbrochen wurde. Die Präfekten von Pesora und Ancona berichten, die Panik unter der Bevölkerung sei sehr groß. In Rimini wurde der Bevölkerung verboten, wieder in die Häuser zurückzukehren.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

### 15 Mark Monatsmiete für eine Nähmaschine.

Diesem geradezu ungläublichen Anspruch suchte der Vertreter eines Beklagten vor der Schlichtungskommission zu verwehren, kam jedoch auf die falsche Adresse. Der Vertreter, der übrigens selbst ein Unikum darstellt, — er vertrat einmal in einer Klage erst die Kläger und dann die Beklagten — versuchte allen Ernstes das Gericht von der Vermeidung dieser Forderung zu überzeugen, stieß aber dabei auf völlige Verständnislosigkeit. In der Sache selbst — die Klage richtete sich gegen den betreffenden Unternehmer — trat Vertagung bis zu einem späteren Termin ein.

Herner klagte eine Frau in Sachen D a m m. Es ist dies jener Unternehmer, der 90 000 M. zu wenig gezahlt hatte und gegen den der Schneiderverband auf 45 000 M. Schadloshaltung klagte und auch die Auszahlung dieser Summe erreichte. Von dieser Summe hatte die genannte Frau nichts erhalten, da sie sich nicht um die Angelegenheit gekümmert hatte, wie es erforderlich gewesen wäre, auch dem Verband keine Angaben zukommen ließ. Sie gehört anscheinend zu jenen gar nicht so seltenen Arbeitnehmern, die glauben, die Forderungen realisieren sich automatisch, ohne daß man sich selbst darum zu bemühen braucht. Als sie nun von der Verteilung des Geldes hörte, ging sie zum Verband und verlangte von Runge nachträglich 400 M. Sie mußte abgewiesen werden, denn die Angelegenheit war bereits geregelt. Nunmehr wandte sie sich an die Schlichtungskommission. Aber auch hier hatte sie kein Glück. Die Vorsitzenden übergingen die Sache, fragte auch das Gericht: „Wo warst Du denn, als man die Welt verteilt?“ Es konnte ihr nicht mehr geholfen werden, es sei denn, sie begnüge sich mit dem Trost, den der Gott dem armen Poeten erteilte, nämlich, daß ihm der Himmel jederzeit als Entgelt für den entgangenen Besitz offen stehe.

Wie Aussichten eröffnen sich für die Zeit nach dem Kriege, wenn man den folgenden Fall in Betracht zieht. Ein Schneider klagte gegen einen Unternehmer, der zurzeit einberufen ist. Er hatte zuerst als Geselle gearbeitet, dann einen Pachvertrag mit dem Meister abgeschlossen, wonach er 20 M. Wochenlohn und noch Prozente erhalten sollte. Diese Abmachungen soll der Meister nun nicht eingehalten, vielmehr, als er von dem Gehilfen um Geld angegangen wurde, diesem mit einem Schlüsselbund ins Gesicht geschlagen haben. Als ein Arbeitgeberlicher Zweifel ausbrach, ob die Kommission zuständig sei, da der Kläger Pächter des Geschäfts gewesen sei, wurde dieser rabiat, daß er zur Ruhe verwiesen werden mußte. Er entschuldigte sich damit, daß er im Felde gewesen und daher sehr nervös sei.

„Nehmen Sie sich ein Beispiel an mir“, sagte Magistratsrat v. Schütz, „ich hätte bei Ihnen soeben viel eher Grund gehabt, erregt zu werden und bin doch ruhig geblieben.“

Mit der Klage selbst muß sich der Kläger an das Gewerbegericht wenden.

### Die Transportarbeiter im zweiten Quartal.

In der Generalversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Transportarbeiterverbandes gab der Vorsitzende Werner den Geschäftsbericht für das zweite Quartal, dem folgendes zu entnehmen ist. Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich gegenüber dem ersten Quartal nicht gebessert. Infolge der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise hat sich die Lebenshaltung der Mitglieder sogar noch verschlechtert. Deshalb war denn auch die Tätigkeit der Organisation darauf gerichtet, einen Ausgleich durch entsprechende Lohnaufbesserungen zu erreichen. Das ist auch für eine Reihe von Betrieben und Branchen gelungen. Bei 197 Firmen mit 5917 Beschäftigten wurden Forderungen gestellt. Bei 197 Firmen wurden für 4291 Beschäftigte Lohnbesserungen im Gesamtbetrage von 16 726,10 M. pro Woche erlangt. Nach Ablauf des Quartals wurde durch Verhandlungen mit den Kohlen- und Holzgroßhändlern eine abermalige Teuerungszulage gewährt. Danach erhalten jetzt die Kohlenarbeiter eine Gesamtzulage von 10,50 M. und die Kohlenarbeiter eine solche von 11,50 M. wöchentlich. Verhandlungen mit dem Verein der Berliner Spektreure hatten kein Ergebnis. Die Arbeitgeber dieser Branche sind der Meinung, daß die bisher gewährten Teuerungszulagen genügen müßten. Außerdem schweben Verhandlungen in anderen Branchen, die noch nicht abgeschlossen sind. Die agitatorische Tätigkeit wurde rege betrieben. Sie hatte zwar nicht den gewünschten Erfolg, immerhin konnten 1042 Neuaufnahmen gemacht werden. Trotzdem ist unter der Einwirkung der Zeitverhältnisse die Mitgliederzahl von 16 899 auf 16 251 zurückgegangen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 18 892 männlichen, 792 jugendlichen und 1567 weiblichen Mitgliedern. Die Arbeitslosigkeit war im zweiten Quartal weniger günstig als im ersten. Am Schluß des zweiten Quartals waren 95 Mitglieder arbeitslos. Das sind 6,8 Proz. der Gesamtzahl gegen 0,45 Proz. im ersten Quartal. In letzter Zeit hat sich der Arbeitsmarkt ein wenig gebessert, die Zahl der Arbeitslosen ist auf 65 zurückgegangen. — Die Kassenverhältnisse sind nicht ungünstig, wenn sich auch infolge des Mitgliederabgangs eine Verminderung der Einnahmen bemerkbar gemacht hat. Der Bestand beträgt rund 68 000 M. Für Unterstützungen wurden 20 324 Mark ausgegeben.

## Deutsches Reich.

### Die metrische Garnnummerierung und die Textilarbeiter.

Der Textilarbeiterverband und der Gewerbeverein der Textilarbeiter (S. D.) haben gemeinsam in einer Eingabe an den Reichstag und die Reichsregierung um gesetzliche Einführung der metrischen Garnnummerierung in der gesamten Textilindustrie und der metrischen Garnnummerierung entsprechende metrisch-dezimale Maß- und Gewichtsbearbeitungen im Garnhandel gebeten. Sie verlangen weiter ein Verbot der Anwendung veralteter oder fremdländischer Maße und Gewichte bei Berechnung des Arbeitslohnes.

Der Streit um die metrische Garnnummerierung ist sehr alt. Häufig internationale Kongresse der Textilarbeiter haben sich mit der Frage beschäftigt. Für die gesamte Volkswirtschaft ist die Sache außerordentlich wichtig. Trotzdem gibt es infolge der Kompliziertheit der Angelegenheit nur wenig Leute, die der Frage einigermaßen Verständnis entgegenzubringen vermögen. Durch die Nummerierung der Garne wird der Reinheitsgrad der Fasern bestimmt. Die Art der Nummerierung bestimmt wiederum die Art der Verpackung im Garnhandel und weiter die Methoden der Preisberechnungen im Webgeschäft. In weiterer Folge bestimmt die Art der Garnnummerierung zum großen Teil die Zugrundelegung entsprechender Maße und Gewichte bei der Lohnberechnung für die Arbeiter. In der Praxis führen die englischen, österreichischen, sächsischen, preussischen Nummerierungen und so weiter zur Anwendung von englischen Pfunden, deutschen Pfunden, Kollpfunden, von französischen Böllen, Leipziger Ellen, sächsischen Ellen usw. Die Uebersetzung der Arbeiter infolge der damit zusammenhängenden tausenderlei Lohnberechnungen mittels Maß- und Gewichtsbearbeitungen, mit welchen sie nicht vertraut sind, sind enorm. Eine bestimmte Anzahl deutscher Pfunde werden z. B. in den Baumwollspinnereien ohne weiteres einer bestimmten Anzahl englischer Pfunde gleichgestellt, obwohl in Wirklichkeit beide Gewichtsmengen sich nicht decken. Die Berechnung des Lohnes auf der Grundlage der Dichtigkeit des Gewebes, das sich auf einen Raum von ein Viertel französischem Zoll ergibt, sowie die Berechnung des Lohnes der Weber nach Weblängen von Ellen und „Vanden“ und „Schnitten“ und „Stücken“ und „Hälften“ gibt gewissenlosen Fabrikanten zu betrügerischen Manipulationen den weitesten Spielraum. Wenn der eine für sechs Leipziger Ellen fertige gewebte Ware eine Mark an Arbeitslohn zahlt, so zahlt der andere für sechs Berliner Ellen den gleichen Betrag. Während aber die Berliner Ellen einer Länge von 0,6669 Metern entspricht, entspricht die Leipziger Elle einer solchen von 0,6886 Metern. Die Vande und Schnitten sind bei dem einen Fabrikanten sechs Leipziger Ellen, bei dem anderen Fabrikanten zehn Berliner Ellen lang. Im einzelnen sind die

Arbeiter im Laufe der Jahre um hohe Summen betrogen worden. Durchgeführte Prozesse hatten kein den Arbeitern günstiges Resultat. Mit der gesetzlichen Einführung der metrischen Garnnummerierung, vor allem in der Baumwollindustrie — alle anderen Branchen müßten notgedrungen folgen — wäre ein Weiterleben der schädlichen und nicht zeitgemäßen Maßhöhen der Lohnberechnungen ausgeschlossen. Die Ursache zahlreicher Uebelstände in der Produktion wie im Handel wäre mit einem Schlage beseitigt.

## Ausland.

### Wilson für den Achtstundentag.

Präsident Wilson hat einen vollständigen Plan für die Verlegung des Eisenbahnerstreites ausgearbeitet. Er sieht die Annahme des Achtstundentages und die regelmäßige Bezahlung der Ueberstunden vor.

## Aus der Partei.

### Reichskonferenz der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Unter der Ueberschrift „Keine Reichskonferenz, aber eine Reichs-Richtungskonferenz“ schrieb die „Chemnitzer Volksstimme“:

In der letzten Parteiausführung zu Berlin, wo die Frage der Einberufung eines Parteitagess bzw. einer Reichskonferenz der Parteigenossen verhandelt wurde, sprachen und stimmten wohl fast alle Ausschußmitglieder, die Anhänger der Minderheitsanschauung sind, sowohl gegen die Abhaltung eines Parteitages, als auch einer Reichskonferenz.

Was soll man nun aber dazu sagen, daß nun von Genossen der Minderheitsanschauung eingeladen wird zu einer Reichskonferenz der Genossen der Minderheit. Eine solche Konferenz beruft der Genosse Hoch-Danau für die Minderheitsmitglieder der Reichstagsfraktion ein für Sonntag, den 18. August 1916, nach Weimar.

Wir sind der Meinung, daß es eine unerträgliche Inkonsequenz ist, gegen eine Reichskonferenz aller Parteigenossen zu wettern und im gleichen Augenblick eine Reichskonferenz der Genossen einer Richtung zusammenzubringen. Zu solch inkonsequentem Spiel ist die Partei doch wirklich zu schade. Es ist höchste Zeit, daß es zu einer Reichskonferenz aller Parteigenossen kommt.

Hierzu bemerkt nun Genosse Hoch in der „Leipziger Volkszeitung“:

In der Zusammenkunft habe ich nur die Genossen der Minderheit in der jetzigen Reichstagsfraktion eingeladen, um die Vorgänge in der Partei zu besprechen. Dabei war es, wie stets bei derartigen Besprechungen, ausgeschlossen, daß die Teilnehmer als die Vertreter irgend eines Kreises erschienen, sondern jeder war nur als Privatperson anwesend und vertrat einzig und allein seine eigene Ansicht. Ebenso wurde keinem Teilnehmer eine Verpflichtung durch einen Mehrheitsbeschuß aufgetragen. Wir haben uns verständigt, eine Erklärung zu veröffentlichen. Der Wortlaut der Erklärung ist von einzelnen Genossen nachträglich festgestellt und an die eingeladenen Genossen geschickt worden. Erst jetzt entscheidet jeder einzelne dieser Genossen, ob er die Erklärung unterschreiben will, und dann wird die Erklärung mit den Namen der Genossen veröffentlicht, die dazu ihre Zustimmung gegeben haben. Die Erklärung ist daher nur eine Kundgebung der Genossen, die sie unterschreiben. Sie verpflichtet keinen andern Genossen, auch keine Richtung.

Ueber die Reichskonferenz haben wir noch nicht eingehend gesprochen. Sowie ich mit einzelnen Genossen darüber habe sprechen können, hat sich volle Einmütigkeit darin gezeigt, daß wir uns von einer solchen Konferenz nichts Gutes versprechen.

## Aus Industrie und Handel.

### Das englische Bankwesen in den ersten zwei Kriegsjahren.

Der „Economist“ widmet in seiner Nummer vom 5. August einen seiner Rückblicke dem englischen Bankwesen und stellt dabei folgende Zahlenvergleiche in Pfund Sterling an:

A. Die Bank von England:		
	22. Juni 1914	26. Juli 1916
Kapital usw.	17 999 458	17 923 643
Depositen	55 920 600	188 231 152
Bertpapiere	44 297 501	117 407 221
Reserve	29 297 051	88 780 981

  

B. Bei den übrigen Banken:		
	Ende Juni 1914	1916
Depositen	734 680 758	930 940 731
Goldbestand (Cash)	114 234 542	209 217 529
Anlagevermögen	113 543 625	171 245 675
Darlehen und Diskontierungen	566 212 995	611 851 875
		552 186 723

### Kriegsgewinne.

Die Zuderfabrik Schroda schlägt, wie aus Posen gemeldet wird, 29 Proz., im Vorjahre 15 Proz., Dividende vor.

Die böhmische Zuder-Industrie-Gesellschaft in Prag weist für 1915/16 einen Reingewinn von 1 591 151 Kronen gegenüber dem Vorjahre 2 062 890 Kronen auf und verteilt 15 Proz. Dividende, im Vorjahre 12 1/2 Proz.

### Unveränderte Kohlenpreise.

Eine Sitzung der Oberschlesischen Kohlenkonvention beschloß, die Kohlenpreise für Oberschlesien unverändert zu belassen. Man darf daraus schließen, daß die Regierung in dieser Sitzung auf ihrem Standpunkte beharrte, höhere Kohlenpreise nicht zu bewilligen.

### Holländisches Ausfuhrverbot.

Die Ausfuhr von lebenden und geschlachteten Gänse und Truthähnern, ausgenommen gerupfte Wildgänse, ist, nach einer Meldung aus dem Haag, verboten.

### Schwedische Ausfuhrverbote.

In Schweden sind Ausfuhrverbote für Strömlinge, Obstbeeren, wie Blaubeeren und Preiselbeeren und auch für Kajein erlassen worden.

### Der Hafenverkehr von Marseille.

Laut „Temps“ vom 10. August liefen im ersten Halbjahr 1916 im Hafen von Marseille ein: 8087 Schiffe mit 8 665 656 Tonnen verschiedener Ware und 167 920 Passagieren; dagegen aus: 8115 Schiffe mit 1 093 112 Tonnen Ware und 110 622 Passagieren. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1915 bedeutet dies eine Zunahme von 68 einlaufenden, 154 auslaufenden Schiffen, 139 671 Tonnen Ware, 80 741 Passagieren.

## Soziales.

### Kriegsausbruch ist kein Kündigungsgrund.

Die strittig gewesene, von uns stets verneinte Frage, ob der Kriegsausbruch eine Firma berechtige, ihren Handlungsgehilfen kündigunglos zu entlassen, ist jetzt auch vom sächsischen Oberlandesgericht verneint.

Ein Handlungsgehilfe, der bis zum 31. März 1915 engagiert war, war wegen Kriegsausbruchs fristlos entlassen. Er klagte sein Gehalt mit 400 M. monatlich ein. Der Klage wurde stattgegeben. In der Entscheidung des Oberlandesgerichts wird ausgeführt: Die durch den Krieg geschaffene Geschäftslage ist kein wichtiger

Grund zur fristlosen Kündigung. Als ein solcher wichtiger Grund werde es in Friedenszeiten nicht angesehen, wenn der Prinzipal sein Geschäft aufgeben oder vorübergehend schließen, möge er hierzu auch durch Mangel an Geldmitteln oder durch Uneinträglichkeit des Betriebes gezwungen sein. Die Sachlage sei nun nicht anders zu beurteilen, wenn solche Betriebskrise durch den Krieg hervorgerufen werden. Auch in diesem Falle handle es sich lediglich um die Folgen einer schlechten Geschäftslage, die nach Treu und Glauben der Unternehmer tragen müsse, dem ja im entgegengekehrten Falle auch die Vorteile eines besonders günstigen Geschäftsganges zufallen. — Solange daher die Stilllegung des Betriebes nach Kriegsausbruch von dem eigenen, wenn auch wirtschaftlich noch so gerechtfertigten Willensentschluß des Unternehmers selbst abhängt, dürfe er die Folgen nicht durch fristlose Kündigung auf seine Angestellten abwälzen. Nur dann, wenn ihm die Fortsetzung des Betriebes durch außerhalb seines Willens liegende Ereignisse, wie feindliche Einfälle, Inbrandsetzung oder durch militärische Anordnungen unmöglich gemacht werde, sei für den Unternehmer das Recht zur fristlosen Kündigung infolge des Krieges gegeben.

In Abweichung der Ansicht des Oberlandesgerichts sind wir der Ansicht, daß auch in den vom Oberlandesgericht als Ausnahmen bezeichneten Fällen der Lohn zu zahlen ist. Das folgt aus §§ 293 und 615 B. G. B. Durch diese Vorschriften ist, wie die Verhandlungen in der zweiten Kommission zur Veratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zweifelsfrei zeigen, der Grundtat voll zum Ausdruck gebracht, daß beim Arbeitsvertrag der Arbeitgeber die Gefahr auch bei unverschuldeter Behinderung der Arbeit (wie Frost, Brand usw.) stets zu tragen hat.

### Jahrpreisermäßigung nach Köln.

Wie bereits mitgeteilt, wird den Teilnehmern an der in der Zeit vom 22. bis 25. August in Köln stattfindenden Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge Jahrpreisermäßigung gewährt, die zur Beförderung in der 2. und 3. Klasse zum halben Fahrpreis berechtigt. Nach der nunmehr ergangenen Anweisung haben außer dem Reichsausschuß und den Hauptfürsorgeorganisationen auf die Jahrpreisermäßigung Anspruch: Die den Hauptfürsorgeorganisationen nachgeordneten Organe und örtlichen Fürsorgestellen sowie Ärzte und die Vertreter von Berufsverbänden aus Industrie, Handel und Landwirtschaft und von Arbeitsverbänden (Gewerkschaften und Arbeitervereine). Die Jahrpreisermäßigung wird nur für direkte Fahrt vom Wohnort des Teilnehmers nach Köln und umgekehrt gewährt. Bei Benutzung von Schnellzügen ist der tarifmäßige Schnellzugzuschlag voll zu entrichten. Personen unter 18 Jahren sind von der Jahrpreisermäßigung ausgeschlossen. Die Rückreise von Köln nach dem Wohnort in direkter Fahrt muß spätestens am 1. September 1916 angetreten sein. Die Vergünstigung kann nur gegen Vorzeigung eines von dem Reichsausschuß oder einer Hauptfürsorgeorganisation auf ihren Namen ausgefertigten, mit einer Nummer versehenen Ausweises in Anspruch genommen werden. Solche Ausweise werden auf Verlangen von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Berlin W. 10, Königin-Augusta-Straße 19) oder von den Hauptfürsorgeorganisationen (das sind in Preußen die einzelnen Provinzialverbände, in Berlin der Magistratskommissar der Kriegsbeschädigtenfürsorge im Rathaus, in den übrigen Bundesstaaten die in der Regel beim Ministerium des Innern bestehenden Landesauschüsse für Kriegsbeschädigtenfürsorge) zu beziehen.

## Berichtszeitung.

### Stinkender Talg.

Als Brüggelnabe für die Verfehlungen in einem großen Geschäftsbetrieb sollte der Schlächtermeister Förbsch gelten, der gestern wegen Verkaufs verdorbener Nahrungsmittel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Landgerichtsrats v. Treskow stand.

In der Alexanderstraße 28 hatte sich unter der Firma Rhon u. Lewin, G. m. b. H., eine Konervenfabrik in großem Maße aufgetan, in welcher über 40 Gesellen unter Aufsicht eines Betriebsleiters und eines Schlächtermeisters Schaffarzyl arbeiteten. Zur Verwertung der vielen Abfälle war in demselben Hause ein Laden eingerichtet worden, in dem massenhafte Verkäufe von Sülze, Rindstalg und dergleichen stattfand. Hier war der Angeklagte gegen Gesellen-Stundenlohn angestellt. Ihm lag die Verarbeitung des Talges, der aus der Konervenfabrik in großen Bottichen nach dem Laden geschafft wurde, ob. Der Talg wurde zentnerweise verkauft, bis wiederholt Beschwerden über den jämmerlichen Zustand der Ware bei der Polizei eingingen, die am 8. Januar zu einer Beschlagnahme durch den Polizeiarzt Dr. Dörmeier führten. Dieser fand nach seinem Gutachten Rindertalg vor, welchen er als „toiles Zeug“ bezeichnete; denn er ist nicht gewaltig und war zum menschlichen Genuß absolut ungeeignet. Der Betrieb der Firma ist inzwischen von dieser eingestellt worden, es wurde aber gegen den Inhaber Rhon die Anklage erhoben. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht endete mit der Freisprechung des Rhon, da dieser behauptete, daß er den jetzigen Angeklagten Förbsch als verantwortlichen Meister für das Ladengeschäft angestellt habe. Nunmehr wurde dieser unter Anklage gestellt. Im gestrigen Termin bestritt Förbsch entschieden, die Verantwortung zu tragen, da er lediglich Geselle zu noch geringerem Lohn als andere Gesellen beschäftigt worden sei. Er habe sich wiederholt geweigert, den sehr bedenklichen Kram, der ihm aus der Konervenfabrik zugewiesen wurde, zu verarbeiten und Herrn Rhon einmal den Kram sogar vor die Füße geworfen mit dem Bemerkten: so was könne doch unmöglich verkauft werden, da es ja stinke. Herr Rhon habe aber darauf bestanden, daß es verarbeitet und verkauft werden solle, er habe sogar nicht bloß schlechten Talg aus der Konervenfabrik zur Verarbeitung gegeben, sondern auch noch verdorbenen Talg hinzugekauft. Der Angeklagte behauptete, daß er sich habe fügen müssen, aber Herrn Rhon wiederholt gefagt habe: er wälze alle Verantwortung auf ihn. — Diese Behauptungen des Angeklagten fanden Unterstützung durch mehrere Zeugen, insbesondere durch den Meister Schaffarzyl, der ein abstoßendes Bild von dem ganzen Geschäftsbetrieb gab. Nach seiner Behauptung sei zentnerweise schlechter Talg gebraten worden, der sehr übel roch; einmal habe der Gestank das ganze Haus angefüllt. Dieser Zeuge erklärte u. a.: in der langen Zeit, in der er als Schlächtermeister in Berlin lebe, sei ihm ein solcher Betrieb noch nicht vorgekommen. — Der als Zeuge vernommene, aber unbereidigt gebliebene Rhon widersprach diesen Aussagen entschieden und verächtlich, daß er sich auf den Angeklagten habe verlassen müssen und ihn stets zu ganz einwandfreier Herstellung des Talges ermahnt habe. — Der Staatsanwalt erklärte nach Schluß der Beweisaufnahme, daß die Freisprechung Rhons zu unrecht erfolgt sei, da dieser als Haupttäter anzusehen und für den ganzen „schmutzigen Geschäftsbetrieb“ verantwortlich sei. Der Angeklagte habe sich aber trotzdem strafbar gemacht, denn er hätte sich den Anordnungen Rhons in dieser Beziehung nicht fügen dürfen. Unter Zubilligung weitgehender mildernder Umstände beantragte der Staatsanwalt 50 M. Geldstrafe. — Das Gericht kam zu einer Freisprechung. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Angeklagte, der als einfacher Geselle für das Ladengeschäft gearbeitet hat, nicht die Aussicht über das Ladengeschäft führte und er durch die Herstellung des Talges auf Anordnung seines Arbeitgebers sich nicht verantwortlich gemacht habe, auch nicht wissen konnte, ob nicht der Talg zu technischen Zwecken verkauft werden sollte.

Chronik des Weltkrieges.

18. August 1914.

Siegreiches Gefecht bei Stallupönen. Mehr als 3000 Gefangene und 6 Maschinengewehre werden erbeutet.

Der südöstlich von Soldau liegende russische Grenzort Alawa wird von deutschen Truppen besetzt.

Der Bezirkspräsident im Oberelsaß hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt:

„Wenn Einwohner einer Gemeinde sich am Kampf gegen unsere Truppen beteiligen, so werden nicht nur sie, sondern auch die Bürgermeister der betreffenden Orte erschossen, die Ortschaft demoliert.“

Das deutsche U-Boot U 15 ist nach einer englischen Meldung vernichtet worden.

Aus Peking wird gemeldet, daß Japan im Begriff stehe, ein Ultimatum an Deutschland wegen Kiautschou zu stellen.

18. August 1915.

In den Vogesen Stellungskämpfe.

Im Osten weiteres Vordringen. Rowno ist mit allen Forts mit stürmender Hand genommen. Mehr als 400 Geschütze fallen in die Hand der deutschen Truppen.

Bei Nowo-Georgiewsk werden zwei weitere Forts erstürmt, 600 Gefangene und 20 Geschütze erbeutet.

Die Heeresgruppe des Generals v. Madenjen wirft den Gegner über den Bug in die Vorstellungen der Festung Brest-Litowsk zurück.

Fünf deutsche Torpedoboote greifen überlegene englische See- streitkräfte bei Horns Riff-Feuerschiff an und versenken einen englischen kleinen Kreuzer und einen Torpedobootszerstörer.

Deutsche Minensubmarine belegen die City von London und Fabrikanlagen und Hochöfenerwerke bei Woodbridge und Ipswich mit Bomben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, den geforderten neuen Kriegskrediten zuzustimmen.

Aus Groß-Berlin.

Die neuen Lebensmittelkarten.

Die Speisefettkarte.

Aus Anlaß der Neuauflage der Lebensmittelkarten für die Zeit vom 21. August ab hat auch die bisherige Butterkarte einige äußere Veränderungen erfahren. Seitdem mit gewissen Zwischenräumen in einzelnen Wochen die Wochenportion Fett zum Teil in Butter und zum kleineren Teil in Margarine gegeben wird, war die Butterkarte bereits sachlich zu einer Fettkarte geworden, weil auf sie auch die Abgabe von Margarine erfolgte. Dieser schon seit einiger Zeit bestehenden Bestimmung der Karte ist nunmehr dadurch im Ausdruck Rechnung getragen, daß sie als Speisefettkarte bezeichnet wird. Irgend eine Aenderung in der Verteilung ist damit nicht eingetreten. Insbesondere sind die Gerichte, als würde nunmehr überhaupt Butter nicht mehr zur Verteilung kommen, falsch; im Gegenteil wird wie bisher immer zwischen der Ausgabe der Wochen-Rationsportionen nur in Butter und der Teilung der Portion in Butter und Margarine abgewechselt werden. Voraussetzlich wird schon in der Woche vom 28. August wieder nur Butter zur Verteilung gelangen. Weggefallen ist dagegen der Unterschied der Karten in blaue und rote, also die Beschränkung der Gültigkeit der Karte für bestimmte Wochentage. Da sich der Verkehr infolge des Anmeldeverfahrens und der Kundenliste glatt abwickelt, so erschien es nicht mehr erforderlich, diese Beschränkung aufrecht zu erhalten. Irgend zutreffend ist daher, von einem „Ende der Groß-Berliner Butterkarte“ zu sprechen. Hervorzuheben ist noch, daß neue Anmeldung und neue Eintragung in das Kundenverzeichnis im Gegensatz zu einzelnen Zeitungsnachrichten nicht erforderlich ist. Auch wer verreist, aber früher in einem Geschäft angemeldet war, braucht sich nicht von neuem anzumelden. Nur wer neu zugezogen und bisher noch überhaupt nicht in die Kundenliste eines Geschäfts eingetragen ist, muß sich an die Brotkommission wegen seiner neuen Anmeldung wenden.

Von der nächsten Woche ab wird der Verbrauch von Butter und Speisefetten in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Vereins- und Erfrischungsräumen, Hotels und Fremdenpensionen einer Einschränkung unterworfen. Diese Betriebe dürfen vom 21. August ab Speisefette nur noch zur Zubereitung von Speisen verwenden, dagegen nicht mehr mit Fett gefüllene Brote oder sonstige Nahrungsmittel, oder Fett zum Zwecke des Aufstrichs abgeben. Nur an fleischfreien Tagen dürfen Speisefette als Aufstrich verabfolgt werden. Durch diese Verordnung soll vorgebeugt werden, daß eine Bevorzugung des in Restaurants und Hotels verkehrenden Publikums hinsichtlich des Butterverbrauches gegenüber den privaten Haushaltungen stattfindet.

Die neue Fleischkarte.

Der Berliner Magistrat hat für die neue mit dem 21. d. M. beginnende und bis zum 1. Oktober d. J. einschließliche laufende Fleischkartenperiode eine Umschreibung bzw. Neuauflage von Kundenverzeichnissen nicht in Aussicht genommen. Die neue Fleischkartenperiode umfaßt nur sechs Wochen; Anfang Oktober tritt die reichsgesetzliche Regelung ein. Es erheben daher nicht zweckmäßig, für den kurzen Zeitraum eine in die Abwicklung des Fleischverkaufs immerhin recht einschneidende Maßnahme anzuordnen, zumal die Kundenverzeichnisse erst im letzten Drittel des Monats Mai d. J. aufgestellt worden sind und bereits Ende Juni dieses Jahres Gelegenheit zur Umschreibung geboten war.

Grundsätzlich steht der Magistrat aber auf dem Standpunkt, daß dem Publikum von Zeit zu Zeit die Möglichkeit gegeben werden soll, den Fleischlieferanten zu wechseln, und er wird dementsprechend verfahren.

Für die Milchversorgung von Groß-Berlin

wird eine Verschlechterung befürchtet. Nicht allein, daß die zur Verfügung stehende Menge knapper zu werden droht, sondern auch die Beschaffenheit der Milch soll dadurch eine wesentliche Aenderung erfahren, daß alle Milch nur abgerahmt als Magermilch verkauft werden darf, die Butter aber aufgespeichert wird, um sie im

Winter zur Linderung der Fettnot zur Verteilung zu bringen. Magermilch enthält zwar noch das in der Vollmilch vorhandene Eiweiß und ist daher für die Ernährung sehr wichtig und nützlich, aber das Fehlen des Fettgehalts ist selbstverständlich nicht ohne große Bedeutung, zumal ja ohnehin schon eine nur schwer erträgliche und auf die Dauer unerträgliche Knappheit an Fett herrscht!

Welche Folgen es besonders für die Kinderwelt haben würde, wenn nur noch Magermilch zum Verkauf käme, darauf hat der Direktor des Säuglingsheims in Charlottenburg, Professor Langstein, wie wir gestern mitteilten, im „Lok.-Anz.“ eingehend hingewiesen.

Er forderte Vollmilch, nicht Magermilch, obwohl diese einen ausreichenden Eiweißgehalt hat, weil ihr nicht allein jedes Fett fehle, sondern auch weil sie so viel Keime enthält, daß sie nicht unter allen Umständen als ein für Kinder ungefährliches Nahrungsmittel angesehen werden kann.“ Professor Langstein bekräftigt mit Recht, daß die beim Verbüttern der Milch in diese gelangenden Spaltpilze, die ja auch das Ansäuern der Milch herbeiführen, Magen- und Darmstörungen veranlassen könnten. Er erklärt die Magermilch infolge ihres Keimgehaltes für Kinder als ein Nahrungsmittel zweiten Ranges. Besonders beanstandet er, daß künftig nur die kleinen Händler für Liefen von Vollmilch herangezogen werden sollen, während die Großbetriebe nur Magermilch liefern dürfen und meint, daß dann gerade die musterhaften Betriebe, welche eine gesunde Vollmilch liefern können, von deren Verkauf ausgeschlossen sind, während die kleinen Betriebe, die eine unjauherer gehaltene Vollmilch in den Verkehr bringen, die alleinigen Lieferanten für Vollmilch bleiben würden.

Die Bedenken Langsteins sind vollends berechtigt, und wenn wirklich nur noch Magermilch in den Handel kommt, so ist dies für Kinder, aber auch für Erwachsene eine weitere schwer schädigende Einschränkung der Ernährung!

In einer Reihe von Städten haben die Kommunalverwaltungen bereits den Zwischenhandel mit Milch ausgeschaltet und die direkte Versorgung der Bevölkerung in städtische Regie übernommen; die guten Erfahrungen, die sie damit machten, sollte Berlin anspornen, ebenfalls an eine Verstaatlichung der Milchversorgung heranzugehen und technisch und hygienisch gute Einrichtungen für den Vertrieb zu schaffen. Für die mehr als 200 000 Kinder bis zum sechsten Lebensjahre, die in der Stadt Berlin leben, ist dies von größter Wichtigkeit und entscheidet bei Zehntausenden über Leben und Tod!

Verkauf von Schlachthähnern. Vom Magistrat Berlin sind weitere 2500 ausgewachsene junge Hähner angekauft worden, die in den Markthallen an den durch Plakate kenntlich gemachten Ständen Freitag und Sonnabend an Berliner Einwohner zum Verkauf gelangen.

Mehr Platz für Heimstättenbedürftige.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag bei der Stadiverordnetenversammlung eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, daß in den städtischen Heimstätten mehr Platz für die Aufnahme insbesondere tuberkulös erkrankter Frauen getroffen wird.

Die gesteigerten Schuhwarenpreise.

Große Aufregung herrscht augenblicklich in einer Reihe von hiesigen Schuhwarengeschäften. Eine Art „Stiefelappell“ von besonderer Bedeutung rief sie hervor. Beim Kriegswucher-Dezernat des Polizeipräsidiums gingen wiederholt Klagen ein, daß im Schuhwarenhandel nicht alles in Ordnung sei. Es seien Maßnahmen im Gange, die Geschäftslage mit ungehörlich hohem Gewinn auszunutzen. Waren alter Bestände, bei deren Preisbildung die neuen Verhältnisse noch gar nicht in Betracht kämen, würden mit einem Preisaufschlag verkauft, als ob sie schon unter den neuen Verhältnissen der Rohstoffpreise, Arbeitslöhne usw. hergestellt worden seien. Dementsprechend erhielten die Waren neue Preiszeichnungen, während die alten beiseite oder durch neue Deckblätter verborzen wurden. So schaffe man ganz willkürliche Preisaufschläge, z. B. von 12 auf 18, von 10 auf 24 und 25 M. usw. Um diesen Dingen aus den Grund zu gehen, veranstaltet jetzt das Kriegswucher-Dezernat überraschend und in großem Umfange die erforderlichen Feststellungen, durch viele Beamte überall zu gleicher Zeit. Mittwochsabend kurz vor Geschäftsschluß wurde mit diesen Aufnahmen begonnen und gestern wurden sie fortgesetzt. Die Ermittlungen sind jetzt in vollem Gange. Ueber das Ergebnis kann nichts mitgeteilt werden, bevor sie nicht zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Ob und in welchem Umfange die Klagen berechtigt sind, läßt sich also noch nicht sagen. Dort, wo die behaupteten wucherischen Maßnahmen festgestellt werden, wird man die leitenden Personen zur Verantwortung ziehen.

Umtausch verdorbener Gemeinde-Eier.

Wiederholt haben wir dargelegt, daß Händler, die aus Gemeindemitteln beschaffte Eier an gewissen Tagen und zu bestimmten Preisen verkaufen, verpflichtet sind, abgegebene schlechte Eier umzutauschen. Hierzu macht jetzt der Gemeindevorstand von Berlin-Treptow öffentlich bekannt: „Verdorbene Eier werden von den Händlern umgetauscht, jedoch nur an dem Tage, an dem der Verkauf erfolgt ist.“ Das ist wohl auch nicht der richtige Weg und hat bereits in Treptow zu erheblichen Unannehmlichkeiten geführt. Zunächst wird auf den Lebensmittelkarten überhaupt nicht das Tagesdatum, nur die Wochenzeit abgeimpelt. Erlaubte handschriftliche Tagesvermerke zu machen, erfordert für die Händler zu viel Zeit. Weiter ist auch nicht jedem Käufer zugunuten, daß er die gekauften wenigen Eier, mit denen doch eine ganze Woche lang hausgehalten werden soll, noch am Kauf- tage öffnet und benutzt. Sie aber zu öffnen und den Inhalt mehrere Tage unbenutzt stehen zu lassen, ist bei der geringwertigkeit der meisten Gemeinde-Eier auch nicht gut möglich. Die Frist zum Umtausch sollte daher auf mindestens drei Tage verlängert werden. Während der letzten Tage wurden in Treptow so viele verdorbene Eier von Käufern zurückgegeben, daß auch keine Prüfung der Gemeinde-Eier vor dem Verkauf durch die Händler erfolgt sein kann.

Weshalb kamen noch Nachrichten, daß Eierhändler schlechte Eier nicht umtauschen. Kürzlich wurde uns ein Fall vorgetragen, daß eine Frau in der Eierhandlung von Dresdener in der Wadstraße in Berlin fünf schlechte Eier erhalten hatte. Der Umtausch wurde verweigert, weil derselbe nicht sofort verlangt worden sei. Dabei wurde festgestellt, daß das Geschäft mehrere Tage lang geschlossen war, weil Eier nicht vorhanden waren. Die Arbeiterfrau war 1,10 M. los, ohne dafür etwas zu haben. Andererseits machen uns kleinere Händler darauf aufmerksam, daß sie in einer sehr mißlichen Lage sind. Wenn sie für ihre Kunden

kleinere Quantitäten erwerben, so wird von ihnen ein Preis von 12,70 M. für 60 Stück gefordert. Sie hatten vor kurzem bei dem Preise von 22 Pf. pro Stück einen Erlös von 18,20 M., also nur 50 Pf. Verdienst. Dieser gestattet ihnen Umtausch nicht, und es sei unrichtig, wenn öffentlich behauptet werde, ihnen würden die Preise so gestellt, daß sie ohne weiteres schlechte Eier gegen gute umtauschen könnten. Hier müsse eine bessere Regelung erfolgen. Tatsächlich liegt die Eierverteilung für Groß-Berlin sehr im Argen. So wie jetzt kann es auf die Dauer nicht weiter gehen. Der jetzige Zustand ist unhaltbar.

Die Formulare für Bezugsscheine für den Einkauf von Web-, Wirt- und Strickwaren durch das Publikum sollen nach einer der Handelskammer zu Berlin zugegangenen Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin nicht mehr unentgeltlich geliefert werden. Die Formulare sind vielmehr nur noch käuflich zu erhalten und zwar in der Postbuchdruckerei J. S. Preuß, Dresdener Straße 48.

Eine reiche Arme.

In ärmlichsten Verhältnissen ist vor einigen Tagen in dem Hause Postamerstr. 20 die 73jährige Witwe Friederike Pfaffe geb. Schmidt gestorben. Die Beerdigung mußte auf Kosten der Stadt Berlin erfolgen. Frau Pf. wohnte seit etwa fünf Jahren in dem genannten Hause, sie hatte von einem Invaliden von dessen im Parterre des Seitenflügels gelegenen kleinen Wohnung ein Zimmer abgemietet. Die alte Frau war ein Sonderling; sie ging ständig in der denkbar schäblichsten, abgerissenen Kleidung umher. Täglich durchwühlte sie die Müllkästen und verwandte alle Abfälle zu ihrer Nahrung. Als vor etwa zwei Jahren die Eheleute Klawe, bei denen sie wohnte, starben, kaufte sie allein in der Wohnung und bezahlte die Miete stets pünktlich, obwohl sie weder von der Stadt noch von anderer Seite jemals eine Unterstützung bezug. Aus diesem Umstande schloß man darauf, daß die Greisin trotz ihrer mehr als dürftigen Lebensweise über Geldmittel verfügen müsse. Als deshalb nach ihrem Tode die Wohnung gründlich untersucht wurde, fand man zum allgemeinen Erstaunen in einem Markneuz unter dem alten verfallenen Sofa Wertpapiere in Höhe von fast 30 000 M. und schließlich entdeckte man auch unter einem Haufen alter Lumpen ein Sparbüchlein der Stadt Berlin über einen ansehnlichen Betrag. Die Verstorbene hat früher in sehr guten Vermögensverhältnissen gelebt. Ihr Mann ist vor langen Jahren in einem Irrenhause gestorben.

Am Sterbetage ihres Mannes mit ihrem Kinde in den Tod gegangen ist die Witwe Krad aus der Waserstr. 180 in Neukölln. Frau K. hatte vor einem Jahre plötzlich ihren Mann verloren und diesen Verlust vermochte sie nicht zu überwinden. Sie wurde schwermütig und äherte wiederholt, daß sie ihrem Manne sofort in den Tod gefolgt wäre, wenn sie nicht das dreijährige Kind zurückhielte. Mittwoch nahmen nun Hausbewohner starken Gasgeruch wahr, der aus der K.'schen Wohnung drang. Der verständigte Hauswirt ließ die Korridorüre öffnen und nun fand man in dem völlig mit Gas gefüllten Schlafzimmer Mutter und Kind leblos im Bette liegend auf. Sofort mit Sauerstoffapparaten angestellte Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos. Die beiden Leichen wurden beschlagnahmt, die Wohnung geschlossen. Gestern jäherte sich der Todestag des Gatten und diese Erinnerung scheint die schwermütige Frau zu der Tat veranlaßt zu haben.

Ins Leben zurückgerufen hat die Feuerwehr die Fontanestr. 22 in Neukölln wohnende Frau Richter, die gestern früh an Gasvergiftung bewußlos ausgefallen wurde. Frau Richter wurde nach dem Aufwachen im Krankenhaus gebracht.

Zu der Familientragödie in der Ebertstraße, über die wir am Sonntag berichteten, erucht uns Herr Fiebig, der Ehemann der mit ihrer ehefähigen Tochter in den Tod gegangenen Frau Fiebig, mitzuteilen, daß die Angabe, er habe hinter dem Rücken seiner Ehefrau ein Liebesverhältnis unterhalten, unrichtig sei. Seine Frau sei infolge geistiger Umnachtung zu dem Verzweiflungsschritt gekommen.

Großfeuer kam in der letzten Nacht gegen 11 Uhr in der Dranienstr. 22 aus noch unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als die zweite Kompanie an der Brandstelle ankam, stand die Möbelfabrik von J. Pulowski auf dem letzten Hofe des großen Grundstücks total in Flammen. Sie müssen schon längere Zeit unentdeckt im vierten Geschloß gewütet haben. An den Vorräten, Holzern und der Einrichtung der Fabrik fand das Feuer reiche Nahrung. Die Flammen ergriffen die Dachkonstruktion und erlangten schnell eine solche Ausdehnung, daß Brandinspektor Teubner die erste Kompanie nachkommen ließ. Mit fünf Schlauchleitungen wurde kräftig angegriffen und bis gegen Morgen unangeseht Wasser gegeben. Um 2 Uhr nachts wurden die ersten Löschzüge und um 8 Uhr die zweiten abgelöst. Gestern vormittag war der vierte Löschzug aus der Fiebigstraße noch mit der Ablösung und Ausräumung der Brandstelle beschäftigt. Der Schaden ist natürlich sehr beträchtlich. Die Fabrik im vierten Stock ist mit dem Dachstuhl des ausgebehten Quergebäudes abgebrannt. — Bei einem größeren Wohnungsbrand in der Weußelstraße 3 schwebten mehrere Personen in Gefahr. Ein Mann, der von den Flammen und dem Qualm abgesehen war und den Rückweg verispetzt fand, konnte von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht werden. Die Wohnung brannte fast aus. Die Entstehung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt.

Aus den Gemeinden.

Zur Milchversorgung in Neukölln.

Von einem erkrankten Rassenmitglied wird uns dazu geschrieben: Ich wurde am 31. Juli vom Rassenarzt für krank befunden und sollte auf ärztliches Rezept zur Wiederherstellung der Gesundheit täglich einen Liter Milch trinken. Mit dem Rezept versehen, ging ich zum Milchhändler, um mich für die Entnahme von Milch anzumelden. Ich wurde hier abgewiesen mit dem Bemerkten, daß Milch jetzt sehr knapp sei und ich keine erhalten könnte. Auch der Brotkommission trug ich mein Anliegen vor, jedoch ohne Erfolg. Nun ging ich wieder zum Arzt, nagte mein bisheriges Ergebnis und erhielt die Weisung, daß ich einen Versuch zur Erlangung der Milch in einem Berliner Milchgeschäft wagen sollte. Hier angekommen, erhielt ich die Mitteilung, daß ich mich des Morgens früh 8 Uhr anzustellen und warten müßte, bis ich an die Reihe wäre, ab ich aber Milch bekommen werde, sei eine andere Frage. Ich bemühte mich nun nach dem zuständigen Polizeirevier Neukölln und trug meine bis jetzt gemachten Erfahrungen vor mit der Bitte um Nachweisung eines für die Erhaltung der Milch geeigneten Geschäfts. Hier wurde mir bedeutet, ich möchte mich nach dem Rathaus bemühen. Dort angelangt, sagte ich mein Sprächlein wieder her und erhielt die Auskunft, ein Attest (dieses Formular wurde mir sofort kostenlos ausgehändigt) vom Arzt ausfüllen zu lassen und wieder einzureichen, denn die Notwendigkeit der Verordnung müsse erst nachgeprüft werden und würde mir dann der Bescheid in einigen Tagen zugehen. Jetzt ging die Reise vom Rathaus, mit dem Formular ausgerüstet, zum Arzt, nebenbei bemerkt, derselbe wohnt in Treptow in der Wadstraße. Die Ausfüllung war in wenigen Minuten erledigt und kostete „nur“ 3 M. Froh, einen Schritt vorwärts gekommen zu sein, legte ich mein ausgefülltes Formular auf den Tisch des hierfür eingerichteten Bureaus

nieder. Am 8. August war ich glücklich in dem Besitz des Gutachten mit dem Bemerkung, daß dieses abschlägig beschieden sei. Unterschrift unleserlich. Jetzt ging ich wieder zum Rathaus und erbat das von mir bezahlte und vom Arzt ausgestellte Attest zurück. Hierauf erhielt ich den guten Rat, den Arzt zu bitten, ob er sich mit der Zurückgabe desselben an mich einverstanden erkläre und dies schriftlich bekräftigen möge. Am nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, also auf zum Arzt. Meinem Anliegen wurde sofort Folge gegeben. Als ich nun hungrig und halb erschöpft glücklich das Bureau erreicht hatte, die ärztliche Bescheinigung genau geprüft war, bekam ich dieses Dokument ausgehändigt. Ich war mein Geld los, Milch habe ich aber nicht erhalten.

Soweit die Zukunft. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Grundsätze für die Gewährung von Milch allen Ärzten bekanntgemacht werden, damit den Kranken nicht unnütze Wege und Kosten entstehen. Und sollte man ernstlich versuchen, den bureaukratischen Weg zur Wiedererlangung des Attestes zu verkürzen.

**Kinderverkaufung in Reinickendorf.** Ost. Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet im Jugendheim eine Mädchenverlosung statt. Es wird gebeten, nicht zu kleine Kinder hinzuschicken. Der Zutritt ist frei.

### Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

#### Richtigstellung.

Genosse Groger verlangt von uns unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme nachstehender „Richtigstellung“. Obwohl die Einwendung den Erfordernissen des § 11 nicht entspricht, wollen wir sie den Lesern des „Vorwärts“ nicht vorenthalten:

Durch den Beschluß des Bezirksvorstandes Groß-Berlin „offizielle Mitteilungen des früheren Kreisvorstandes nicht mehr abgedruckt“ ersuche ich zur Einwendung „Stellungnahme des Berliner Bezirksvorstandes“ in Nr. 21 des „Vorwärts“ auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme nachfolgender Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß die Generalversammlung unseres Kreises am 18. Juni vom Vorsitzenden nach Verlesung einer Erklärung des anderen Vorstandes kurzerhand geschlossen wurde. Wahr ist, daß mit der vom Vorsitzenden verlesenen Erklärung gleichzeitig beantragt wurde, in namentlicher Abstimmung über die Zulassung der Neuföllner Delegierten zu entscheiden. Ueber diesen Antrag ist abgestimmt worden.

Es ist nicht wahr, daß die vom geschäftsführenden Ausschuss zum 23. Juli einberufene Generalversammlung in der Hauptsache von denselben Delegierten besetzt war, wie die vom Kreisvorstand am 18. Juni einberufene. Wahr ist, daß auf dieser Generalversammlung nur Delegierte der beitragsperrtenden Ortsvereine anwesend waren, während alle Ortsvereine, die mit der Beitragsperrte nicht einverstanden waren, abgelehnt hatten, Delegierte dazu zu entsenden.

Es ist nicht wahr, daß der Kreisvorstand seit Anfang Juni die Mitglieder des erweiterten Vorstandes und den Abgeordneten des Kreises ausgeschlossen hat. Wahr ist, daß nur die Kreisfunktionäre nicht mehr geladen wurden, welche die Parteispaltung aushielten und sich in dieser Richtung betätigten. Wahr ist auch, daß die übrigen Funktionäre nach wie vor zu den Sitzungen des Kreises eingeladen wurden und daran teilnahmen. Wahr ist außerdem, daß der Abgeordnete des Kreises schon zu Beginn dieses Jahres schriftlich zum Besuch der Vorstandssitzungen aufgefordert werden mußte.

Es ist nicht wahr, daß der Kreisvorstand nur ein Kumpfvorstand war, als er seine Maßnahmen beschloß. Wahr ist, daß das Statut des Kreises nur einen Vorstand von 7 Personen vorsieht, welcher mit der Leitung der Organisation betraut ist.

Es ist nicht wahr, daß der Kreisvorstand keinen Einspruch gegen die Einladung der seit dem 25. Juni zu den Sitzungen des Zentralvorstandes von Groß-Berlin Geladenen erhoben hat. Wahr ist, daß dieser Einspruch bereits am 18. Juli d. J. erhoben wurde.

Es ist nicht wahr, daß am 6. August eine Organisation „gegründet“ wurde, welche sich als Sonderorganisation qualifiziert, die nach dem Parteistatut und nach den Parteitagbeschlüssen unzulässig ist. Wahr ist dagegen, daß die alte Kreisorganisation mit allen ihren Einrichtungen weiter besteht, und durch den Vorstand Thurov, Groger, Bagels usw. vertreten wird. Wahr ist ferner, daß die Beschlüsse der Beitragsperrte und ihre Hintermänner sich aller Rechte gegenüber dieser Organisation hegeben haben. Wahr ist endlich, daß die ordentliche Kreisgeneralversammlung am 6. August durch besonderen Beschluß die seit dem 18. Juni getroffenen Maßnahmen des Kreisvorstandes ausdrücklich gebilligt hat.

Berlin, den 17. August 1916.

Max Groger.

### Mitteilung und Aufruf an die Mitglieder des Wahlvereins Neufölln.

Der Vorstand des Wahlvereins Neufölln ersucht uns um Aufnahme folgenden Aufrufes:

Genossen und Genossinnen! Die Vorstandswahlen in Groß-Berlin sind vollzogen. Die Wahlen zum Zentralvorstand in den Germania-Sälen erfolgten nach scharfer, doch sachlicher Diskussion. Der geschäftsführende Ausschuss, die höchste Instanz für das Berliner Parteileben hat sich konstituiert. In sieben Groß-Berliner Wahlkreisen haben sich die Mitglieder in Ruhe und Sachlichkeit ausgesprochen und besteht somit wieder eine geordnete demokratische Verwaltung nach allen Grundsätzen. Alle Organisationen können wieder zum Wohle der Partei arbeiten. Anders ist es im Kreise Teltow-Beeskow.

Hier versucht eine kleine Gruppe Unzufriedener Spaltung und Zersplitterung in die Reihen der Mitglieder zu tragen. Unter Führung des früheren Kreisvorstandes sind ihnen alle Mittel zur Erreichung ihres verwerflichen Zieles recht. Als Gegenmaßnahme der geschäftsführende Ausschuss in Nr. 21 des „Vorwärts“ in längeren Ausführungen darauf hin, daß trotz aller Machinationen für den Kreis Teltow-Beeskow nur ein Kreisvorstand besteht und anerkannt wird. Dieser ist nicht der am Thurov-Groger, sondern der am 23. Juli 1916 unter Führung und Leitung des Zentralvorstandes von Groß-Berlin gewählte Kreisvorstand. Nur dieser erhält von Groß-Berlin Material zur Vornahme agitatorischer und organisatorischer Maßnahmen und Veranstaltungen. Nach den Bestimmungen des Statuts für Groß-Berlin erhalten die Ortsvorstände, somit auch Neufölln Beitragsmarken und sonstiges Material nur von dem neugewählten Kreisvorstand.

Für Neufölln hat nur einzig und allein das Bureau des Wahlvereins, Redarstraße 3, das Betriebsrecht.

Zur Feststellung der Ansicht und Willensfindung der 11750 Neuföllner Mitglieder unterbreitete der Vorstand im Auftrage einer erweiterten Vorstandssitzung den im August-Abend versammelten Genossen und Genossinnen folgende Resolution zur Diskussion und Abstimmung:

Die Mitglieder des ... Bezirks beschäftigen sich diskutierend mit dem in Nr. 215 des „Vorwärts“ gegebenen Bericht der sogenannten Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins für Teltow-Beeskow vom Sonntag, den 6. August. Die Mitglieder nehmen Kenntnis von der Tatsache, daß, abgesehen der Wahlverein Neufölln die Abrechnung mit dem Kreisvorstand Thurov-Groger für das 1. Quartal 1916 ordnungsgemäß vollzogen hat, Neufölln zur fraglichen Kreisgeneralversammlung am 6. August keine Mandate erhielt.

Die Versammelten sprechen ihre größte Entrüstung und Mißbilligung darüber aus, daß diese Mandate einer kleinen Gruppe von Gefinnungsfeinden übergeben worden sind. Etwa 100 Freunde des alten Vorstandes Thurov-Groger bestimmten also in Neufölln 33 Delegierte und betraten somit 11750 Mitglieder.

Die Versammelten erblicken in dieser Handlung der Thurov-

Groger mit aller Deutlichkeit die statutenwidrige ungesetzmäßige Zusammenziehung der Veranstaltung und deren Beschlüsse.

Die Versammelten erklären noch einmal mit allem Nachdruck, für die Mitgliedschaft des ... Bezirks haben einzig die Beschlüsse der Kreisgeneralversammlung vom 23. Juli Bedeutung.

Die Mitglieder erkennen nur den unter Leitung des Bezirksvorstandes von Groß-Berlin gewählten Kreisvorstand an und führen an diesen die Beiträge ab.

Nach dem jetzt aus allen 24 Bezirken vorliegenden Abstimmungsergebnis stimmen in ganz Neufölln nur 64 Mitglieder gegen diese Resolution; davon entfielen auf zwei Bezirke aus besonderen Gründen allein 43 Stimmen.

In allen anderen 22 Bezirken stimmten also insgesamt nur 17 Mitglieder gegen die Resolution.

Mit der Kenntnisaufgabe dieses Tatsachenmaterials liefern wir den Mitgliedern das Nützige zum Kampf gegen den Verleumdungsfeldzug der Partei- und Organisationszersplitterer. Die weitere Tatsache der vollzogenen Abrechnung widerlegt aufs Beste das Schredgespenst der Beitragsperrte.

Als einziger Grund für die Sonderbündelung bleibt ihnen nur der, daß sie unfähig sind, sich dem Majoritätsprinzip zu unterordnen. Oder sollte die Sorge um die Ehre nicht widergewählter Angestellten sie dazu geführt haben, jeden Hoheitsbegriff der gewaltigen und hehren Aufgaben, die der Organisation gestellt sind, vernichten zu lassen?

Wenn nun in dem neuesten Flugblatt des früheren Kreisvorstandes gesagt wird: „Weißt deshalb die Organisationszersplitterer weit von Euch! Verweigert ihnen die Gefolgschaft!“ so ist das wahrlich ein sehr starkes Stück und kennzeichnet die Anhaltungen und Auffassungen in jenen Kreisen seit dem 18. Juni, die schon genügend Unheil in den Organisationen herbeigeführt haben.

Mit vollem Recht können wir sagen, weißt die Organisationszersplitterer zurück, zählt Eure Beiträge nur noch in den von der Organisation festgelegten Zahlungen an die ordnungsgemäß gewählten Funktionäre und an die mit grauer Legitimationskarte versehenen Hauskassierer.

Die Legitimationskarte trägt zwei Stempel. Oben: Hermann Radtke, Neufölln, Redarstraße 3. Unten: Sozialdemokr. Wahlverein Neufölln, Bureau Redarstraße 3, und das Datum des 15. August 1916.

Alle anderen Beitragsmarken weist entschieden zurück.

Der Vorstand des Wahlvereins Neufölln, Redarstraße 3.

## Aus aller Welt.

### Der Bürgermeister als Weizenfälscher.

Wegen einer haarsträubenden Lebensmittelverfälschung hatte sich der Bürgermeister Gruber aus Soelbach (Bayern) vor Gericht zu verantworten. Der Herr, der anderen mit gutem Beispiel vorangehen sollte, vermischte guten Weizen bis zu einem Drittel mit feinem Sand und brachte ihn so zum Verkauf. Das Gericht sprach den tiefsten Abscheu gegen ihn aus und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe.

**Landwirtschaft gegen die Sommerzeit.** Der bayerische Landwirtschaftsrat hat sich in einer Vollversammlung mit allen gegen zwei Stimmen gegen die Beibehaltung der neuen Sommerzeit ausgesprochen. Sie habe keine Freude erregt in der Landwirtschaft; die Nachteile seien größer als die Vorzüge, eine Ersparnis an Licht sei nicht erzielt, sondern eher ein Mehrverbrauch. Eine Wiederholung dieser Zeitverschiebung sei unvordemäßig und unvereinbar mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen.

### Zum Erdbeben in Italien.

Die Agenzia Stefani meldet: Es bestätigt sich, daß in Pesaro bei dem Erdbeben niemand ums Leben gekommen ist. In Rimini ist der Schaden schwer. Die Zahl der Toten beträgt vier, die der Verwundeten etwa dreißig; einige Häuser sind eingestürzt, andere stark beschädigt.

### Kinder epidemien in den Vereinigten Staaten.

Aus New York meldet „Daily News“, daß dort und in Städten in New Jersey und Connecticut seit zwei Monaten eine epidemische Kinderlähmung herrscht. Bis jetzt sind etwa 6000 Fälle vorgekommen, täglich ungefähr 1500. Verschiedene Erwachsene sind bereits gestorben, darunter auch die Schwiegertochter des amerikanischen Vorkämpfers in London. Die Epidemie brach in den Glums (den ärmsten Vierteln) von New York aus und wird auf Säugling und unsaubere Lebensführung zurückgeführt. Soweit Kinder in Betracht kommen, ist New York isoliert. Kein Kind unter 16 Jahren darf die Stadt verlassen. Alle Kinder in den unteren Distrikten sind geschlossen. Viele Krankenhäuser sind mit kranken Kindern überfüllt. Bisher sind ungefähr 40 Todesfälle täglich vorgekommen. Das schlimmste an der Krankheit ist, daß die Kinder nach der Genesung gelähmt bleiben.

### Schwerer Wirbelsturm auf Jamaica.

Ein schwerer Wirbelsturm hat die Bananenpflanzungen auf Jamaica verwüstet. Die Stadt Kingston ist von der übrigen Insel abgeschnitten. Einige Tote.

## Parteiveranstaltungen.

**Dritter Wahlkreis.** Sonntag, den 20. August: Familienausflug nach Sanssouci, fünf Minuten hinter Pferdebad gelegen. Abfahrt: ab Jannowitzbrücke 9,49 und 10 Uhr, ab Schleißer Bahnhof 9,53 und 10,03 Uhr vormittags nach Sabowa. Um zahlreichste Teilnahme ersucht Der Vorstand.

## Jugendveranstaltungen.

**Arbeiterjugend Schöneberg.** Sonntag, den 20. August: Wanderfahrt nach dem Salmsee. Treffpunkt: 7,7 Uhr Bahnhof Schöneberg, Fahrgeleit 80 Pf. Treffpunkt: 1/2, 7 Uhr Bahnhof Köpenick, Fahrgeleit 80 Pf. Treffpunkt: 1/2, 7 Uhr Bahnhof Köpenick, Fahrgeleit 80 Pf. Treffpunkt: 1/2, 7 Uhr Bahnhof Köpenick, Fahrgeleit 80 Pf.

**Arbeiterjugend Wilmerdorf.** Sonntag, den 20. August: Tageswanderung: Bernau - Liepnitzsee - Bernau. Treffpunkt: 5 1/2 Uhr Bahnhof Schmargendorf, Kosten 1,50 M. Sonntag, den 27. August: Mit den Arbeiter-Radsfahrern Babelsberg und Spielplatz nach Babelsberg - Schön-Rulpe. Treffpunkt: pünktlich 1/2, 8 Uhr Bahnhof Schmargendorf, Radfahrer 50 Pf. Zoologischer Garten. Kosten 60 Pf.

**Ober- und Niederhönow.** Infolge eingezogener Referenten im hiesigen Jugendausflug findet heute Freitag, abends 8 Uhr, bei Enich, Niederhönow, Bergr. Str. 17, eine erweiterte Funktionäre-Sitzung statt. Sonntag: Tageswanderung: Neuthorn - Miersdorf - Höllegrund. Treffpunkt: Bahnhof Niederhönow. Abfahrt 6,12 Uhr. Fahrgeleit 60 Pf. Dienstag, den 22. August: Außerordentl. Abonnementversammlung

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Rumänien, Wirtschaft, von Adolf Werner. — Herrmanns Arbeiterfrage. — Von R. Kautsky. — Die metrische Wärmemessung in der Textilindustrie und im Textilhandel. Von Hermann Hädel. — Die englischen Arbeiter und Weltverhältnisse. Von Edward Bernstein. — Literarische Rundschau: H. R. Krause, Die Lärche. Professor H. Schlipf, Das Türkische Reich. Von Sp.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist nun soeben Nr. 24 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Weg zur Genesung. — Ein Fall von Gekochtheit. III. — Sozialteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 17. Nummer des 33. Jahrgangs erschienen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Zinsenr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Aufsatz und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Antwortzusendung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gedächtnisse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**H. W. S. Dostal.** Sie möchten der Versicherungsgesellschaft mitteilen, daß der 5. Jahrgang der von Ihrer Frau geschlossene Versicherungsvertrag ohne Ihre Wissen und ohne Ihre Einwilligung zustande gekommen ist und daß Sie deshalb dem Vertrage nicht beitreten. — **H. R.** Der Verletzte muß warten, bis seine Entlassung durch die Militärbehörde vollzogen ist. Die Rente würde, wenn der Verletzte gemeiner Soldat ist, sich zusammensetzen aus 180 M. Kriegsgeld und 180 M. Kriegszulage. — **W. 53.** 1. und 2. Die Mutter möchte sich mit einer Beschwerde an den Kommandanten wenden und um Aufhebung des Unterhaltungsanspruchs bitten. 3. In der nachfolgenden Rente werden von der Mutter die Unterlagen verlangt. — **Hausbes. 21.** 1. Rein. 2. und 3. Strafantrag können Sie gegen beide nur dann stellen, wenn die Ehe wegen Ehebruchs geschieden ist. 4. Rein. 5. Das läßt sich nicht vorantreiben. — **Büchel 79.** Da der Beklagene nicht Kriegsteilnehmer war, hat die Ehefrau aus keinem Anspruch auf die Kriegszulage. — **Fried 5.** 1. Die Gerichtskosten können jetzt noch eingeliefert werden. 2. Ja. 3. Ausgelagerte Forderungen verfahren in 30 Jahren. 4. Ja. — **H. R. 54.** Die Klage können Sie beim zuständigen Schöffengericht selbst einreichen und die Bestrafung wegen Verleumdung und Verleumdung nach §§ 186, 187 St. G. B. beantragen. — **N. 9.** 222. Wenden Sie sich persönlich an die Protokollkommission. — **N. 9.** Bei dem von Ihnen angegebenen Arbeitsverdienst kann Ihnen zum mindesten die staatliche Unterbringung nicht vorenthalten werden. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Militärbureau des Magistrats, Klosterstr. 68. — **G. 2.** Es ist Ihnen sehr zu empfehlen, daß Sie sich über die gegenwärtig ausgesprochene Kündigung Klarheit verschaffen. Wenden Sie sich nochmals an den Hauswirt und lassen Sie sich von ihm eine schriftliche Bescheinigung geben, wann der Vertrag zur Auflösung kommt. — **Z. 2.** 1. Die Krankenhaus- und Arztkosten müssen bei diesem Einkommen vom Ehemann gezahlt werden. Das Gehalt wird natürlich nicht als Kriegszulage angerechnet. 2. Kriegsteuern müssen gezahlt werden. — **H. G., Kiel.** 1. Rein. 2. Ja, durch wiederholte Verhängung von Strafen. — **G. 23.** 16. Ja.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittig.** Warm, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit weiten Breiten, östlich der Oder mehr vereinzelten Regenschauern; strichweise Gemitter.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Lankwitz.** Am Dienstag, den 15. August, starb nach langem Leiden unsere langjährige Parteigenossin **Minna Haarstrich** im 37. Lebensjahre.

**Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Freitag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Lanfthner Friedhofes, Lutherstraße aus statt. 197/2 Rege Beteiligung erwartet. **Der Vorstand.**

Am Montag, den 14. August, verstarb plötzlich infolge Unglücksfalles mein lieber Mann, meines Kindes lieber Vater **Hugo Zarmstorf** im 31. Lebensjahre.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Wilhelm Meister** (Lichtenberg, Rödterstr. 55) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seebrunn, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Puppe** (Kolberger Str. 27) am 15. August gestorben ist.